

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Kündigung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlegung der
Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Samstag, 2. Juni 1923.

Nr. 126.

Schlechte Vorläufe.

II.

Die tschechischen Sozialdemokraten werden niemanden darüber täuschen können, daß aus dem, wie sie sich nach Hamburg ausführen, die Absicht zu Tage tritt, die Kompetenz der Internationale nur insoweit anzuerkennen, als deren Beschlüsse die Kreise ihrer Koalitionspolitik mit Kramarisch, Schramel und Svehla nicht zu stören geeignet sind. Seit Hamburg ist die Situation aber denn doch eine andere geworden: sie werden ihre Haltung nicht mehr allein vor den tschechischen Arbeitern, sondern auch vor der Internationale selbst zu verantworten haben. Darüber wird ihnen auch Dr. Meißner nicht hinweghelfen, so sehr er sich bemüht, die Beschlüsse von Hamburg jeder Bedeutung für die Politik der tschechischen Sozialdemokraten zu entkleiden.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale ist gewiß nur ein Rahmen für die Zusammenfassung der sozialistischen Parteien, die faktisch verschieden eingestellt sein können, wie es eben die Verhältnisse in den betreffenden Ländern erfordern, aber diese Taktik darf den Boden der sozialistischen Grundzüge nicht verlassen und muß — das ist der Sinn der neuen Internationale — den internationalen Beschlüssen angepaßt sein. Das besagt schon der von uns bereits angeführte Punkt 3 der Statuten der Internationale, der „Bindung aller ihrer Teile“ und die „selbstgewollte Einschränkung ihrer Autonomie“ gegenüber den Beschlüssen in allen internationalen Fragen festlegt. Der Aufassung Meißners, die Internationale hätte gegenüber allem, was sich eine ihr angeschlossene Partei an Verfehlungen gegen die internationalen und sozialistischen Pflichten leistet, zu schweigen, widerspricht noch deutlicher der Punkt 4, welcher bestimmt, daß bei Konflikten zwischen Nationen die Sozialistische Arbeiter-Internationale von den angeschlossenen Parteien als höchste Instanz anzuerkennen ist, was wohl deutlich besagt, daß ihr auch Recht und Pflicht zuerkannt wird, in den Konflikten der tschechischen und deutschen Sozialdemokraten einzugreifen. Wenn Meißner für seine Partei reklamiert, daß sie allein Erfahrung und Ueberblick habe, um beurteilen zu können, was im Interesse der tschechoslowakischen Arbeiterklasse liegt, so kann er unberührt sein: die Internationale dürfte kaum die Neigung verspüren, den Vormund zu spielen, aber gewiß ist, daß die Internationale keine Dekoration sein darf, wenn sie nicht zu einem Schattenwesen herabsinken soll. Der Abgeordnete Meißner braucht nicht zu fürchten, daß die Internationale eine Diktatur nach Moskauer Art einzuführen gedenkt, aber wie die Statuten bejagen, ist es auch nicht so, wie es Meißner gern möchte, daß sie nicht zu prüfen hat, was außerhalb der internationalen Kongresse geschieht. Die Bestimmung, daß sie bei Konflikten zwischen Nationen als höchste Instanz anzuerkennen ist, beweist, daß ihr die Politik einer Partei nicht gleichgültig sein kann, wenn diese Politik zu einem Konflikt mit der Partei einer anderen Nation führt.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale hat aber gemäß ihren Statuten, für die doch auch die Vertreter der tschechischen Sozialdemokraten gestimmt haben, noch weitergehende Funktionen. Wie der Punkt 2 der Statuten besagt, hat sie die Aufgabe, die Tätigkeit der angeschlossenen Parteien zu vereinheitlichen und in gemeinsamen Aktionen zusammenzufassen. Und weiter: „Sie erstrebt die gänzliche Vereinheitlichung der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung entsprechend den Grundzügen dieses Statuts“. Diese Vereinheitlichung kann doch nur auf der Grundlage der auf den Kongressen gefassten Beschlüsse erfolgen. Diese Beschlüsse widerstreiten auf das schärfste der Behauptung Meißners, die Internationale ginge die innerpolitische Tätigkeit einer Partei einfach nichts an. Wenn diese Beschlüsse, wie dies der Fall ist, es als „eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterklasse aller Länder“ erklären, die „auswärtige Politik ihrer Regie-

Die Gewerkschaften gegen die Provokation der Industriellen.

Berlin, 1. Juni. (Eigenbericht.) Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände haben heute dem Kanzler aus Anlaß des Angebotes der Industriellen ein Schreiben überreicht, worin gesagt wird, daß zwar die grundsätzliche Zustimmung der Industriellen zu einer Teilnahme am Reparationswerk in dem Angebot enthalten sei, daß es aber durch die innen- und außenpolitischen Voraussetzungen, an die eine Mitarbeit der Industrie geknüpft sei, nahezu wirkungslos gemacht werde. Die Industrie versuche als Macht gegen die Arbeiter mit dem Staate zu verhandeln, wo es sich um die Erfüllung einer Bürgerpflicht handle. Die Sachverfasserung könne nur auf dem Wege der gesetzlichen Regelung zustandekommen. Ferner sei es den Gewerkschaften nicht möglich, den Achtstag zum Gegenstand einer Diskussion zu machen. Der Entwurf schone auch die Privatwirtschaft zu sehr, ohne zu berücksichtigen, daß die Gesundung der Staatswirtschaft die Voraussetzung jedes privaten Wirtschaftserfolges sei. Es fehle bei den Industriellen immer noch der Wille zu ausreichenden Steuerleistungen. Die Arbeiter können nicht verstehen, daß sie allein alle Lasten tragen sollen. Vom Reichstag erwarte man, daß er die Reparationslasten gleichmäßig verteile und vor allem die großen Vermögen ausgiebig heranziehe. Zusammenfassend wird erklärt, daß in dem Angebot der Industriellen die Grundlagen zur Lösung des Problems nicht gegeben seien.

Gegen die Verpfändung der deutschen Bahnen.

Berlin, 31. Mai. (Wolff.) Die in der in- und ausländischen Presse vielfach erörterte Frage der Verpfändung der deutschen Eisenbahnen wurde mit dem bei der deutschen Reichsbahnverwaltung bestehenden Organisationsausschuß, der Vertretung der Beamten- und Arbeiterschaft dahin besprochen, daß die Eisenbahn grundsätzlich wie bisher weiter als Reichseisenbahn erhalten werden soll.

... rungen zu überwachen und jeder Maßregel, die die Gegensätze zwischen den Völkern zu verschärfen droht, mit aller Kraft entgegenzutreten“, so ergeben sich daraus auch für die tschechischen Sozialdemokraten Gebundenheiten und Verpflichtungen, welche der blindergebenen Gesellschaft, wie sie sie bisher gegenüber der tschechoslowakischen Auslandspolitik beobachteten, Hemmnisse auferlegen müssen. Wenn eine der beschlossenen Resolutionen den Arbeiterparteien aufragt, gegen die Vergewaltigung fremder Völker, deren „uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht“ zu verteidigen, so muß dies die Politik der tschechischen Sozialdemokraten — sofern sie sich überhaupt der Internationale unterordnen wollen — ebenso beeinflussen, wie der Beschluß, demzufolge die Arbeiterklasse eines jeden Landes vor allem die imperialistische Bourgeoisie des eigenen Landes mit allen ihr parlamentarisch zu Gebote stehenden Mitteln des proletarischen Klassenkampfes zu bekämpfen habe. Wenn weiters eine Resolution der Arbeiterklasse zur Pflicht macht, dahin zu trachten, die Burgen der gefährlichsten internationalen Konflikte auszurotten, „indem sie die Vergewaltigung der nationalen und religiösen Minderheiten bekämpfen“, so muß die Koalitionspolitik der Partei des Abgeordneten Dr. Meißner dabei ebenso in Verlegenheit gestürzt werden, wie durch die Aufforderung, „alle militärischen Bündnisse zu bekämpfen“ und „alle Geheimverträge abzulehnen, die Gut und Blut der Völker für ihnen unbekannte Zwecke aufs Spiel setzen“. Ebenso wird die Koalition mit der nationalistischen Bourgeoisie den tschechischen Sozialdemokraten kaum ein brauchbares Werkzeug dafür abgeben können, den Hamburgern Beschlüssen zu entsprechen, für „Ausrottung des nationalisi-

Erwerbslosenunruhen in Beuthen.

Beuthen, 1. Juni. (Wolff.) Die gestrigen Erwerbslosendemonstrationen nahmen gegen Mitternacht einen sehr bedrohlichen Charakter an. Gegen die Polizeiwache wurden Schüsse abgegeben. Als die Polizei die Menge auch mittels der Hydranten nicht zerstreuen konnte, gab sie schließlich eine Gewehrsalve ab. Zwei Personen wurden getötet, vier schwer verletzt. Von den Polizeibeamten haben fünf leichte Verletzungen davongetragen.

Gewitterschwüle in Rheinhessen.

Der Brand, der eben im Ruhrgebiet zu verheben beginnt, droht morgen in Rheinhessen mit noch stärkerer Kraft aufzuflahren. Von allen, die in diesen Tagen die besetzten Gebiete Hessens bereist haben, wird übereinstimmend befundet, daß die Lage überaus kritisch ist. Ein „freier Aktionsausschuß der Erwerbslosen für den Saargebiet“ hat in tausenden von Flugblättern zur Solidarität mit den Kämpfern an der Ruhr aufgerufen. In einem besonderen Geheimbefehl des Aktionsausschusses wird befohlen, unverzüglich Stoßtrupps zu bilden und sofort auf Mainz zu marschieren, wenn den Ortsausschüssen durch besondere Kuriere das Signal dazu gegeben wird. Wenn das Kabinett Cuno nicht schleunigst aus seinen wochenlangen Erwägungen herauskommt und handelt, dann ist die Katastrophe nicht mehr zu vermeiden.

Frankreich gegen die Unterfuchung im Saargebiet.

Paris, 1. Juni. (Sabas.) Dem „Echo de Paris“ zufolge wird die französische Regierung der britischen mitteilen, daß sie den Vorschlag Englands auf Unterfuchung der Verhältnisse im Saargebiet durch den Völkerverbund ablehne.

... chen Hasses zu wirken“, besonders dort, „wo nationalen Minderheiten ihre vollen politischen Rechte und ihre kulturelle Autonomie vorenthalten werden“ und alle Kraft einzusetzen, „um die Prinzipien der demokratischen Selbstverwaltung und kulturellen Freiheit zu verwirklichen“, da nur die Anwendung dieser Prinzipien nationale Minderheiten mit dem Staat, dem sie eingegliedert sind, zu veröhnen vermag.

Die Beschlüsse von Hamburg sind also klar und unzweideutig. An ihnen kann nicht geändert und gemäkelt werden. Wenn dies Dr. Meißner dennoch tut, so kann dies nur als der Vorfall seiner Partei aufgefaßt werden, die Beschlüsse der Internationale zu ignorieren. Es kann schon sein, daß den tschechischen Sozialdemokraten die Mitgliedschaft in der Regierungskonkordanz wertvoller erscheint, als die Mitgliedschaft bei der Internationale des sozialistischen Weltproletariats. Diese Probe auf das Exempel muß eben gemacht werden. Mit Sophismen wird sie jedenfalls nicht über die Tatsache hinwegkommen, daß der Internationale das Recht zusteht, das sozialistische Verhalten der ihr angeschlossenen Parteien zu überwachen. Die in der Presse der tschechischen Sozialdemokraten entfaltete Hege gegen die Leitung der Internationale, die als „unter deutschem Einfluß stehend“ erklärt wird, läßt den Schluß ziehen, daß es Meißner und seine Genossen auf eine Sabotierung ihrer Beschlüsse abgesehen haben, um in ihrem Bündnis mit der tschechischen Bourgeoisie weiter verharren zu können. Sollte es auch gelingen, mit nationalistischen Mäxchen ihre Anhänger zu täuschen, die Internationale werden sie keinesfalls über die wahren Beweggründe ihrer Disziplinbrüche täuschen können.

Der Sieg der polnischen Rechten.

Aus Krakau wird uns geschrieben:

Das Ministerium des Generals Sikorski ist gestürzt. Die Rechte und Witos haben im Verein mit den Minderheiten, den Deutschen, Ukrainern und Juden, bei Beratung des außerordentlichen Stabs dem Ministerium das Mißtrauensvotum erteilt. Interessant ist dabei, daß es gerade der Dispositionsfond des Ministerpräsidenten und des Ministers für auswärtige Angelegenheiten waren, die den äußeren Anlaß zu diesem Mißtrauensvotum boten. Sikorski verlangte einen außerordentlichen Kredit für den Dispositionsfond, der, wie er glaubt, unter Teilnahme des französischen Generals Foch für die politische auswärtige Agitation in den Grenzgebieten verwendet werden sollte, eine Spezifizierung lehnte der Ministerpräsident ab. Nun ergab sich die Situation, daß die Sozialdemokraten (P. P. S.), die das Kabinett Sikorski gegen die Angriffe der Rechten und der Witosgruppe gern gehalten hätten, deshalb gegen das Mißtrauensvotum aufzutreten genötigt waren. Jedenfalls für Sozialisten unter diesen Voraussetzungen eine mehr als komische Situation.

Das Kabinett Sikorski ist also gefallen und Witos wird wieder Ministerpräsident. Es ist erstaunlich, wie geschäftstüchtig dieser Bauer ist, der schon im österreichischen Parlamente immer sein Schäffchen ins Trockene zu bringen wußte. Heute zusammen mit der äußersten Linken im erbitterten Kampfe gegen die Chjena, morgen mit eben denselben Schachzügen vereint, um wieder mit an die Schüssel zu kommen. So besteht die Politik der polnischen Parteien im Schacher ihrer politischen Führer um die Macht in den Ministerien und um der Einfluß auf die Verwaltung und damit um die brutalste wirtschaftliche Ausnützung der arbeitenden und unverantwortlichen Gewalt der Verwaltungsbehörden. In diesem Kampfe wird die polnische sozialistische Partei, die z. B. noch aus der Zeit der Regierung Morawski eine große Druckerie in Warschau gleichsam befehlt, immer mehr in den Hintergrund gedrängt. Die Rückficht auf die durch die sprunghafte Teuerung ausgebrachte und radikalisierte Masse muß der Partei immer mehr Reserve anfertigen.

Schwarz ungefähr ein Viertel der Witosanhänger ihm die Gesellschaft kündigte, weil sie doch diese tödliche Verwandlungspolitik nicht mitmachen wollten, ist die Mehrheit der neuen Regierung gesichert. Die P. P. S. (nationale Arbeiterpartei) wird nämlich, wie jetzt bekannt wurde, das neue Ministerium unterstützen. Während die Rechte das Ministerium Sikorski mit dem Schlagwort bekämpfte, daß es sich auf die nationalistische Presse Organe der Verbeugung feierte und zu Nord und Ostschlaas aufforderte, waren plötzlich ebendieselben Minderheiten, ihre bourgeoisen und bäuerlichen Vertreter, Bundesgenossen der neuen Regierungsmänner beim Sturz des Generals Sikorski. Wie mit einem Schlag hat deshalb die Juden- und Pogromhete in den Mänteln aufgehört. Die „Dziennikowski“ (Zweiroschenblatt), die „Agrykopolis“, das führende Organ der Nationaldemokraten, haben ihre Angriffe eingestellt. Die ständige Rubrik „Judaica“ ist verschwunden. Die Minderheiten und insbesondere die Juden haben sich für die Gesellschaft in Sejm beim Kampfe gegen Sikorski die Einstellung der Angriffe erkauft.

Scheinbar. Denn während im Sejm der Schacher blüht, bereitet die harantierete Menge die Politik ihrer Führer nicht. Die Masse hat eine andere Psyche und eine andere Psychologie wie der einzelne Führer. Wie der Begriff schon sagt, bedeutet die Masse, die namenlose Menge, das Trübsinnprinzip im sozialistischen als auch psychischen Sinne. Die Führer, die den Lohn und Ertrag ihrer Heparbeit bereits in greifbare Nähe gerückt sehen, wagen es nicht, Japanstreich zu blasen, und so wird wenigstens, was unangenehm erscheint, das Panfarenzeichen des Angriffes eingestrichelt.

Aber diese Einstellung ist zu fein, zu nimmlos, als daß sie die Strafe begreifen könnte. In diesen Reigen von Handel mit Ueberzeugungen, Schacher mit Ventern, Ausnützung von Protektionen spielen die Bomben. Nach den Revolverattentaten, die durch die Presse der Rechten veranlaßt und durch sie verteidigt wurden, folgen Schlag auf Schlag die Bombenattentate. Erst im Kohlenrevier zu Dombrowa, dann in Krakau, schließlich auch in Warschau. Bombenwürfe gegen das Gewerkschaftshaus der jüdischen Arbeiter wechseln mit solchen gegen den getauften

Rektor der Krakauer Universität Nathanson, von den Merkmalen „der Weiße“ zubenannt, und gegen das jüdische Tagblatt „Rovny Dziennik“ ab. Die Polizei findet nichts. Alle Untersuchungen verlaufen im Sande. Offene Drohbriefe an den ziemlich radikal polnischen Arbeiterrat in Krakau schwirren in hunderten Exemplaren durch die Straßen, werden von der bürgerlichen Sensationspresse abgedruckt. Ein Versuch der Krakauer Arbeiter, eine Arbeiterorganisation zu bilden, hat nicht den erhofften Erfolg. Der Faschismus feiert seine Triumphe. Die gewesene Regierung Sikorski erweist sich unfähig, etwas zu tun, insbesondere, weil die untergeordneten Organe verfallen. Der Sejm schwelgt — bis endlich die Bomben auf der Universität in Warschau plagen und mehrere Verwundete fordern, den Professor Orzechki töten. Man findet Bomben in den Redaktionsgebäuden der Rechten.

Nun beginnt wie auf Kommando der Standa! im Sejm. Plötzlich taucht die Nachricht auf, daß Anarchisten oder Bolschewisten die Bombenwerfer seien. Natürlich, die Situation wäre sonst für die neue Regierung unbearbeitbar geworden, man sucht und findet also plötzlich die Präzedenzfälle: Ueber Deutschlands und Litauens Auftrag haben litauische Verschwörer die Bomben geworfen! Was man bis jetzt nicht recht finden konnte, wird plötzlich sonnenklar. Schon meldet die Telegraphenagentur, daß die Verschwörer verhaftet sind. Der Polizeidirektor Sonnenberg, ein Name, bekannt und berüchtigt in der Arbeiterbewegung, Kurnator, ein Individuum aus der zaristischen Zeit, vertraut mit allen Kniffen der Senker der Peter Paulsgefängnisse, führen die Untersuchung. Die Verschwörer gefangen, vorläufig leuanen sie noch die Tat. Wer die Praktiken der osteuropäischen Polizei kennt, weiß, daß die Verhafteten, auch

wenn sie unschuldig sind, wie man annehmen darf, bald nicht mehr leugnen werden. Der Faschismus wird durch ein paar frische Opfer reinewaschen werden und die neue Regierung wird zum Zwecke des besseren Schutzes der persönlichen Sicherheit die Polizei reorganisieren, die Arbeiterbewegung, die Versammlungsfreiheit und so weiter knebeln. Auch in Polen marschieren die Reaktionen und der Faschismus; verbittert und gähnelnd, bald resigniert, bald spontan auflehnend, sieht die Arbeiterschaft diesem Treiben zu. Eine dumpfe Schwüle verbreitet sich in der politischen Atmosphäre: die Blätter der Rechten melden schon den „Arbeitsplan“ der neuen Regierung: Aenderung des Wahlrechtes zum Sejm und Senat, um den ungebührlichen Einfluß der Minoritäten zu beseitigen, Aenderung des Wahlrechtes in die Gemeinden durch Einführung des Pluralwahlrechtes, Reorganisation und Militarisierung der städtischen Polizei, neue Gesetze gegen die Konspiration, insbesondere innerhalb der Armee, eine Art tschechoslowakisches Schutzesgesetz, eine Finanzpolitik, die durch indirekte Steuern und unerhörte Zölle die Massen noch mehr verelenden soll.

Die sozialistischen Parteien werden, muß man fürchten, gegen diesen reaktionären Ansturm machtlos dastehen. In den Köpfen der polnischen Arbeiter dämmert es leise, wozu die Politik der P. P. S. die Arbeiterschaft geführt hat. Immer deutlicher werden die Stimmen nach dem Zusammenschluß auch der letzten organisierten Arbeitersplitter, um von den nicht gerade großen Erfolgen der Revolution zu retten, was noch zu retten ist.

Hoffentlich verstehen die Führer der P. P. S. die drohenden Zeichen am politischen und wirtschaftlichen Horizont.

Inland.

Vor dem Ende des Fünfersystems?

Bekanntlich hat sich in der Koalition der edle Brauch eingeübt, alle Vorlagen, bevor sie zur parlamentarischen Verhandlung gelangen, durch Ausschüsse beraten zu lassen, in die jede der fünf Koalitionsparteien einen Vertreter entsendet. So gibt es außer der großen politischen „Beika“ noch eine ganze Menge sogenannter Fachfünferauschüsse. Es gibt eine Wohnungspötkla, eine Handlungspötkla, eine Ernährungspötkla, eine Verwaltungspötkla, eine Finanzpötkla und noch andere mehr. Nunmehr wird in der Koalition — angeblich handelt es sich um einen Wunsch des Ministerpräsidenten Svoboda — der Plan erwogen, alle Fachfünferauschüsse aufzuheben, weil sie nicht die Parlamentstätigkeit beschleunigen — und das war, wie einige Koalitionspolitiker versichern, ihr hauptsächlichster Zweck, — sondern die Parlamentstätigkeit verlangsamen, so daß ihre Aufgabe wieder an die Regierung rückübertragen werden soll. Die Fachauschüsse behandelten vornehmlich Vorlagen, die unter der Koalition strittig waren. Der Ministerpräsident will an die Auflösung der Ausschüsse angeblich deshalb schreiben, „um die Autorität der Regierung zu erkennen“.

Das „Pravo Lidu“ sagt, daß man an eine radikale Aenderung der parlamentarischen Methoden denkt. Künftig sollen alle Vorverhandlungen in der Koalition entfallen und die Vorlagen sollen von der Regierung direkt dem Hause überwiesen werden. Die Regierung wird die Vorlagen (es soll von der Regierung ein Minister zum Sprecherminister bestimmt werden (Ann. d. Ned.) in den Ausschüssen als auch im Parlament verteidigen. Bisher haben über Veränderungen der Vorlagen die koalitierten Parteien untereinander schwere Kämpfe geführt. Das „Ceslá Slovák“ sagt, daß die Bedeutung der Ausschüsse eben darin gelegen sei, daß Regierungsvorlagen verhandelt würden, bevor sie ins Parlament gelangen. Die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus seien deswegen schwierig, weil die Opposition bei den meritorischen Verhandlungen Demagogie und Unfruchtbarkeit geige. Das „Ceslá

Slovák“ erblickt also die „wahre“ Demokratie darin, daß über Vorlagen entschieden werde, bevor sie in die gesetzgebenden Körperschaften gelangen! Zum Schluß spricht sich das Blatt gegen die Beseitigung der Kommissionen aus, da diese Beseitigung eine Stärkung der Bürokratie bedeuten würde. Das Organ des Ministerpräsidenten, der „Beber“, sagt: „Wie wir wissen, ist über die Beseitigung der Fachfünferauschüsse noch nicht entschieden. Vorläufig üben diese Ausschüsse ihre Funktionen aus.“

Ein Dokument zur Sprachenfrage. Bekanntlich weist der Prager Magistrat die auf seine tschechischen Ersuchsschreiben ergehenden deutschen Erledigungen deutscher Gemeinden zurück. Gegen diese Praxis hat vor kurzem das Bürgermeisterei Amt Konotou bei der politischen Landesverwaltung in Prag Einspruch erhoben, hierauf jedoch folgende bezeichnende Erledigung erhalten:

„Für die politische Landesverwaltung besteht nach dem Gesetze keine Möglichkeit, dem Magistrat oder Stadtrat der Hauptstadt Prag anzutragen, deutsche Eingaben anzunehmen, da der Magistrat bzw. Stadtrat in Prag mit Rücksicht auf die Bestimmungen des § 1 und § 2, bzw. § 3, Absatz 4, des Sprachengesetzes nicht verpflichtet ist, deutsche Eingaben entgegenzunehmen. Demgegenüber ergibt sich aus den zitierten Bestimmungen und dem Umstande, daß es keine andere gültige Bestimmung gibt, nach welcher der Bericht in einer anderen Weise ermöglicht werden könnte, als logische Folge die Verpflichtung jener Gemeinden, deren Amts- und Verhandlungssprache eine andere ist, als die tschechoslowakische, in jenen Fällen, in welchen ein staatliches Amt oder Organ bzw. ein Gemeindevorstand nicht verpflichtet ist, in einer anderen als in der Staatsprache verfaßte Eingaben entgegenzunehmen, sich dieser Tatsache anzupassen und wie jeder andere Angehörige einer nationalen Minderheit unter den gleichen Verhältnissen seine Eingaben in der Staatsprache zu verfassen.“

Die politische Landesverwaltung meint also, daß deshalb, weil der Prager Magistrat deutsche

Zuschriften nicht annimmt und zu ihrer Annahme nicht verhalten werden kann, die deutschen Gemeinden verpflichtet seien, mit ihm in tschechischer Sprache zu verkehren. Die politische Landesverwaltung übertrifft aber dabei, das, ebensowenig wie der Prager Magistrat zur Annahme deutscher Zuschriften verhalten werden kann, die deutschen Gemeinden nach dem derzeitigen Rechtszustande gezwungen werden können, tschechische Ausfertigungen zu vollziehen. Man kann ebensogut auch umgekehrt schließen, daß, weil die deutschen Gemeinden nicht verpflichtet sind, in ihrem schriftlichen Verkehr die tschechische Sprache zu gebrauchen, der Prager Magistrat verpflichtet ist, die deutschen Zuschriften deutscher Gemeinden anzunehmen. Das ist ebenso folgerichtig, wie der Standpunkt des Prager Magistrats und der politischen Landesverwaltung. Es ist aber nach ein Drittes möglich. Wenn zwei Personen zusammenkommen und keiner die Sprache des anderen gebrauchen will und muß, so können sie sich einfach nicht verständigen. Es wird also der Verkehr Prags und der übrigen tschechischen Gemeinden mit den deutschen Selbstverwaltungsorganen aufhören müssen, wenn die tschechischen Gemeinden nicht mehr Interesse an einem unge störten Gange der Verwaltung aufbringen.

Anschluß der Mdracelgruppe an die tschechischen Sozialdemokraten. Der Freundeskreis Mdracels beschloß in der Smichover „Opera“ wegen des Uebertrittes zu den tschechischen Sozialdemokraten in Verhandlungen einzutreten. Am gestrigen Tage haben sich bei den tschechischen Sozialdemokraten die Vertreter der Mdracelgruppe eingefunden und ihre Organisationen, sowie ihre Blätter, einschließlich der Schulden der tschechisch-sozialdemokratischen Partei anzubieten. Am Sonntag findet eine Konferenz der Mdracelleute statt, die eine Resolution annehmen soll, in welcher zum Uebertritt in die tschechische Sozialdemokratie aufgefodert werden wird.

Stowakisches. Am Donnerstag verließen drei Preßburger Tageszeitungen der Konfession. Es sind dies der „Kerikale“, „Slovák“, weil er einen Erinnerungsartikel an den Jahrestag der Unterzeichnung des Pittsburg-Vertrages im Teuererahmen brachte, der nationale „Slovák“ und die sozialdemokratische „Robotník a Rovný“, wegen einer Kritik des Verdienstes der Preßburger Geschworenen, durch welches Verdikt die Schwester Hlinkas, Christine Hlinka, freigesprochen wurde, obwohl sie einbekannt hatte, daß sie einen Artikel schrieb und zum Druck beförderte, in dem die Minister Svoboda und Derer des Diebstahls bezichtigt werden. — Abgeordneter Dr. Derer vertritt in den Preßburger Zeitungen einen Angriff auf den Abgeordneten Dr. Labah, welcher in dem genannten Prozesse Christine Hlinka verteidigte und in seinem Plädoyer erklärte, daß Abgeordneter Dr. Derer für die Anordnung in einer stowakischen Genossenschaft mitverantwortlich ist. Weiter bezieht Dr. Derer die Behauptung Labahs von einem unmännlichen Verhalten Derers vor dem Militärgericht zu Anfang des Krieges, als unrichtig. Zum Schluß der Erklärung heißt es wörtlich: „Dr. Labah weiß gut und wußte es, daß er am 29. Mai beim Preßburger Geschworenengericht lauter Unwahrheiten über mich erzählte. Er tat dies nur darum, um mich anzuschwärzen. Wer so handelt, wird in der Gesellschaft als Lump und Ehrabschneider gekennzeichnet. Ich erkläre, daß der Advokat und Abgeordnete Dr. Labah ein niedriger Ehrenabschneider u. ordinärer Lump ist.“

Die sozialistischen Studenten in Hamburg.

Im Rahmen der internationalen Tagungen in Hamburg fanden auch die sozialistischen Studenten ihren Platz. Aus einer Reihe von Ländern waren sie als Delegierte und Gäste erschienen. Auf einen Aufruf der von der Sozialdemokratischen Studenten- und Akademikervereinigung in Wien delegierten Genossen Aigner, Happpisch und Mark hin versammelten sie sich Freitag

nachmittag im Gewerkschaftshaus zu einer Besprechung studentischer Angelegenheiten. Als Gast nahm unter anderen Genosse Dr. Adolf Braun (Berlin) vom Parteivorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an dieser Konferenz teil.

Zuerst berichteten die Vertreter der einzelnen Länder: Genossin Ella Seger (Berlin) über Deutschland, wo ein gemeinsamer Verband mit Oesterreich besteht, der in zwanzig Ortsgruppen mehr als zwölftausend Mitglieder umfaßt und einen schweren Kampf gegen die Reaktion an den Hochschulen zu führen hat; Genosse Kurt Düby (Wien) über die infolge des starken Nationalismus der Schweizer Intellektuellen außerordentlich schwierige Lage der Studentenbewegung in der Schweiz; die Genossen Dutschewsky und Renow über Bulgarien, wo die sozialistischen Studenten aller Richtungen die große Mehrheit aller Hochschüler ausmachen; Genossin Lucy Wolniowska und Genosse Dr. Krieger aus Warschau über den Kampf, den der Sozialistische Studentenverband Polens gegen die reaktionären Strömungen in der polnischen Studentenschaft führt; Genosse Svarc-Beevel (Prag) über die Verhältnisse in der tschechischen Studentenschaft (der Tschechische Sozialistische Studentenverband zählt so wie der polnische sechshundert bis siebenhundert Mitglieder). Genosse Reventlow (Berlin) übermittelte im Namen des Genossen Treves die Grüße der italienischen sozialistischen Studenten, die ihre durch den Faschismus vernichteten Organisationen wieder aufzubauen versuchen.

Gen. Happpisch (Wien) gab eine Uebersicht über die Arbeit der sozialistischen Studenten Wiens, deren auf die Loslösung der proletarischen Studenten aus den wirtschaftlichen Fesseln des Bürgertums gerichtetes Vorgehen allgemein großes Interesse erweckt. Diese Arbeit hat in einem Jahr die Zahl der sozialistischen Studenten auf achthundert gebracht. Genosse Mark (Wien) berichtete als Leiter der Internationalen Vermittlungsstelle des Verbandes der Sozialistischen Studentengruppen Deutschlands und Oesterreichs über die nicht vertretenen Länder. So besteht in England ein starker Verband aller an der Arbeiterbewegung interessierten Studenten (University Labour Federation), innerhalb dessen sich die bewußt sozialistisch orientierten zu der University Socialist Federation zusammengeschlossen haben; beide zusammen haben in einer Anzahl von Ortsgruppen siebenhundert Mitglieder vereinigt. In Frankreich besteht eine festgelegte Gruppe in Paris; in Amerika eine Liga für industrielle Demokratie, früher Intercollegiate Socialist Association mit zahlreichen Gruppen; in Jugoslawien und Lettland, Belgien und Griechenland sind Gruppen vorhanden, und auch in Schweden, Finnland und Ungarn gibt es Anläufe zu einer sozialistischen Studentenbewegung; selbstverständlich existieren auch an den deutschen Hochschulen der Tschechoslowakei starke sozialistische Gruppen.

Im Anschluß an die Berichte entspann sich eine lebhaft diskutierte über die Entwicklungsmöglichkeiten der sozialistischen Studentenbewegung. Genosse Dr. Braun wies auf die Unentbehrlichkeit sozialistisch gesinnter Akademiker für die Partei bei der Erfüllung der ihnen infolge des Ausbruchs der Arbeiterklasse gestellten Aufgaben hin. Die Genossen Dr. Biensfeld und Dr. Auacl aus Hamburg verlangten eine stärkere wirtschaftliche Unterstützung der sozialistischen Studentenbewegung durch die Organisation der Arbeiterschaft. Die Vertreter der Wiener Studenten zeigten, wie dieses Problem in Wien gelöst wurde; Genosse Mette (Hamburg) regte die Nachahmung dieses Beispiels in Deutschland und in den übrigen Ländern an. Genosse Dr. Adams (Hamburg) verlangte die Zusammenarbeit der sozialistischen Studenten mit den zahlreichen an den Hochschulen instruierten sozialistischen Lehrern.

Dann berichtete Genosse Mark über eine Besprechung mit Genossen Brown vom Inter-

Im blühenden Korn.

Der schmale Fußweg führte durch ein Kornfeld, das sich endlos zu dehnen schien. Die Halme ragten mannshoch empor, ihre Ähren neigend, wiegen sich, vom lauen Winde bewegt, so daß das Feld einem grünen See glich. Dem Boden entsprang ein feuchtwarmer, süßlicher Geruch und über dem Felde jagten einige Schmetterlinge auf und nieder, eine Lerche schien sich jubelnd in dem weiten Himmelsraume zu verlieren und darüber stand die Sonne und übergieß das Stüdchen weltentrückter Erde mit ihrem Strahlenglanze. Von dieser feierlichen Stimmung überwältigt, blieb ich stehen. Von fernher, wo eine Straße irgendwo vorüber ging, trug der Wind verhallendes Wagengeklapper herüber, das bald erstarb in der Stille. Nur das Korn rauschte leise und geheimnisvoll. . . So wächst das Brot fürs nächste Jahr heran, das Symbol alles dessen, was wir Menschen brauchen, um unser Leben zu fristen. Das Brot, um das sich die Menschen mühen, um das sie miteinander und gegeneinander kämpfen und von dem jeder ein Stüdchen mehr zu ergattern sucht, für sich und die Seinen, heute, morgen, Tag um Tag, Jahr um Jahr. . .

Ein jäher Windstoß riß mich aus meinen Gedanken. Er segte über das Feld und trug eine goldgelbe Staubwolke vor sich her, die sich allmählich über dem Felde verlor. Nun erst wurde ich gewahr, daß das Korn blühte! Aus jeder Ähre hingen, gleich zierlichen Fransen, die goldbraunen Staubfäden hervor, des Augenblicks

gewärtig, bis daß sie ein Windstoß zur anderen Ähre dringen wird, die durch den losgelösten Staubfaden befruchtet werden muß, um Körner tragen zu können. Und jene Ähren, die von keiner fremden Staubblüte erreicht und befruchtet werden, bleiben „leer“ und ohne Körner und ragen als „taube“ Ähren über die vollen hinaus und in die Höhe. So wiederholt sich auch hier millionenfach eines der zahllosen Lebenswunder, von dem die meisten Menschen nicht einmal eine Ahnung haben und dem sie doch ihr Brot verdanken.

Brot! War das nicht zu allen Zeiten der Kriegsruß im Kampfe ums Dasein? Ist das nicht der Hilfe der Darbenden und Hungernden aller Zeiten gewesen bis zur jüngsten Zeit? Und besonders in der jüngsten Zeit!

Brot! Wie oft erscholl dieser Ruf während des Krieges in den Städten aus vielen Tausenden Ähren, als die Zufuhren stockten und der Hunger der Menschennge auf die Straße trieb! Wie schauerlich, fast tierisch lang dann vieltausendfach der Schrei nach Brot. . .

Und in jener Nacht, als ich im dritten Kriegsjahre wegen eines durch die Presse begangenen Majestätsverbrechens gefangen saß, in jener Nacht, als die vom Hunger gepeinigten Häftlinge in ihren Zellen nach Brot schrien, wie hallte dieser Schrei nach Brot schauerlich durch die Wände und Gänge des weißläufigen Gefangenenhauses! Brot! Brot! Brot!

In den Städten und Industriezentren, wo das Industriebrot während des ganzen Krieges

unter dem harten Kriegsdienstleistungsgesetz mit seinen furchtbaren Strafen ächzte und stöhnte, wo in jeder Fabrik der bevollmächtigte Offizier unumschränkter Gebieter war über die Arbeiter, die er einperrten, prügeln lassen konnte, die er einrückend machte, wenn es ihm beliebte — auch dort erwies sich der Hunger als der mächtige Gebieter, als es der Betriebsoffizier und das Kriegsdienstleistungsgesetz war. Als sich die furchtbare Volksschaft von der „halben Ration“ verzeihete, da hatte auch das Kriegsdienstleistungsgesetz seine Furchtbarkeit verloren. Die Arbeiter verließen die Fabriken, zogen auf die Gassen und Plätze und wie ein grollendes Gewitter klang ihr Ruf: Brot! Brot! Brot!

Aus allen Städten, aus allen Gauen der Monarchie schrie das arbeitende Volk nach Brot. Aus den kahlen Wohnungen in den Proletariervierteln klang das Weinen und Wimmern hungernder Kinder auf die Gassen hinaus, pflanzte sich fort und fort, der Schrei nach Brot im ganzen Lande fand gar bald auch Widerhall an den Fronten, in den Schützengräben. Das ganze Volk, nein, alle Völker der ehemaligen Monarchie schrien nach Brot, das ihnen der morsche Staat nicht geben konnte; dieser Staat, dessen Lenker leichtfertig den Krieg und den Hunger verschuldet hatten, an dem dieser Staat zugrunde gegangen ist. Er stürzte zusammen unter dem Hungerschrei seiner Völker, wie ehemals die Mauern von Jericho beim Schalle der Posaunen zusammengebrochen sind.

Noch immer durchgeht der Schrei nach Brot

die Welt. Und doch stehen allenthalben weite Felder, die sich schier endlos dehnen, und auf ihnen wächst und reift das Korn aus dem Schoße der Erde, die unser aller Mutter ist. Und dennoch herrscht Mangel auf der ganzen Welt. Warum? Weil an dem Hunger der Armen die Unerfälligkeit der Reichen schuld ist. Wo sind die Menschen, die die esse Feld bebauten? Ich kenne sie nicht und kenne sie doch. Stowakische Frauen und Männer, Mädchen und Jünglinge sind es, mit sonnengebräunten Gesichtern, mit gebeugtem Rücken und schwieligen Händen. Sie kommen im Frühjahr und geben im Spätherbste wieder heim, wenn die Felder des „Herrn“ abgerentet sind und keine Speicher und Scheunen strohen vom Erntesegen. Die Arbeiter aber gehen wieder so arm, wie sie gekommen waren, in ihre Dörfer und elenden Hütten zurück, um im nächsten Frühjahr wieder zu kommen, zu pflügen, zu säen, zu ernten für den Herrn. Der aber lebt irgendwo draußen, in der großen, geräuschvollen Welt, in der „guten Gesellschaft“.

Gleicht nicht diese Welt jenem Gefangenenhause, in dem die Gefangenen zur nächtlichen Stunde, vor Hunger gepeinigt, nach Brot schrien? Sind wir nicht Gefangene der kapitalistischen Weltordnung?

Das Jubellied der Lerche war längst verstummt. Auch die feierliche Stimmung von vor dem war in mir erloschen. Nüchtern schritt ich weiter durch blühende, weite Kornfelder.

Heinrich Soler (Wien).

nationalen Gewerkschaftsbund über die Frage des internationalen Studentenaustausches. Genosse Brown sicherte eine tatkräftige Unterstützung dieser Aktion zu. Endlich wurde noch beschlossen, im Zusammenhang mit dem internationalen Jugendtreffen in Nürnberg (11. und 12. August 1923) eine internationale Zusammenkunft sozialistischer Studenten einzuberufen, die ähnlich der Internationalen Sozialistischen Studentenwoche in Salzburg (August 1922), zwanglos wichtige Probleme der sozialistischen Studentenbewegung besprechen soll.

Die Studenten auf dem Kongress der Jugendlichen.

Zu dem Kongress der Sozialistischen Jugendinternationalen hatte der Verband der sozialistischen Studentengruppen Deutschlands und Oesterreichs, der sich der neugegründeten Internationale angeschlossen hat, die Genossen Alfred Mette (Hamburg) und Karl Mart (Wien) delegiert, die sich an den Arbeiten des Kongresses rege beteiligten.

So wurde Mart (Wien) in die Kommission über die kulturellen Aufgaben gewählt. Die Delegation gab auf dem Kongress ihrer besonderen Freude darüber Ausdruck, daß zum erstenmal Vertreter der sozialistischen Studentenzentralorganisation als gleichberechtigte Teilnehmer einer sozialistischen Jugendtagung teilnahmen. Auf ihren Antrag beschloß der Kongress einstimmig folgende Resolution:

Der Internationale Sozialistische Jugendkongress begrüßt es mit großer Freude, daß sich die sozialistischen Studenten zusammenschließen, um in den Reihen der Arbeiterschaft und besonders der Arbeiterjugend in den Betrieben den Kampf gegen die Reaktion an den Hochschulen und für den Sozialismus zu führen.

Auch an der internationalen Rundgebung der Hamburger Arbeiterjugend beteiligten sich die sozialistischen Studenten und Genosse Aigner (Wien) richtete warme Worte der Begrüßung an die versammelte Jugend.

Heimatlose.

Wie die Tschechoslowakei ungarische Bourgeois und ungarische Arbeiter behandelt.

Den nachfolgenden offenen Brief hat der ungarische sozialdemokratische Abgeordnete Géza Borovitzky an den bekommen englischen Schriftsteller Scotus Viator, der schon vor dem Kriege Mitteleuropa bereist und insbesondere die Leiden der Slowaken unter ungarischer Herrschaft geschildert hat, gerichtet. Scotus Viator hat nämlich die Slowakei vor einigen Tagen wieder besucht.

Wir leben in einem Staate, von welchem viele verkünden, daß dieses Land die Heimat des Rechtes, der Freiheit, des Humanismus und der Demokratie ist. Wenn wir aber das praktische Leben, die Wirklichkeit anschauen, so müssen wir zur Ueberzeugung gelangen, daß diese Schlagwörter nur leere Phrasen sind ohne jeden Wert und inneren Inhalt. Zweifellos ist das tschechische und zum Teil auch das slowakische Volk infolge der neuen Staatsbildung zu gewissen nationalen Vorteilen gekommen, umso fürchterlicher ist aber die Lage der hier verbliebenen nationalen Minderheiten. Große Massen derselben besitzen nämlich nicht einmal das elementarste menschliche Recht, das Heimatszuständigkeits- und Staatsbürgerrecht.

Dieser Zustand ist umso empörender, als sich die Tschechoslowakei indem mit den Ententemächten in Saint-Germain-en-Laye am 10. September 1919 abgeschlossenen Friedensverträge verpflichtet hat; alle diejenigen als tschechoslowakische Staatsbürger anzuerkennen, die auf einem jener Gebiete ihren Wohnsitz oder Zuständigkeit haben, die der tschechoslowakischen Republik zugeteilt wurden. Diesen Vertrag haben jedoch die Nachhaber verworfen. Sie sind darauf gekommen, daß die Sieger es nicht notwendig haben, menschlich vorzugehen, und daß gegenüber den Unterjochten die blinde Gewalt genüge. Im Juni 1920 kam der Trianoner Vertrag, laut dessen 62. Artikel nur diejenigen als tschechoslowakische Staatsbürger anerkannt werden, die schon im Jahre 1910 in einem der Reichschaften der heutigen Tschechoslowakei heimatszuständig waren. Anstand dieses „Friedensvertrages“ hat das revolutionäre Parlament das Gesetz über die Staatsbürgerschaft und Zuständigkeit geschaffen. Dieses Gesetz ist darum besonders unheimlich, weil es das Staatsbürgerrecht und die Zuständigkeit an solche Bedingungen knüpft, welche für die armen, arbeitenden Schichten des Volkes ganz einfach unerfüllbar sind. Im Sinne der alten ungarischen Gesetze haben nämlich nur diejenigen die Zuständigkeit erhalten, die Steuer gezahlt haben, die Arbeiter waren aber von der Steuerzahlung gesehlich entlassen. Wenn also der Nachweis der Steuerzahlung zur Bedingung gestellt wird, so wird es hiermit für die arbeitende Schicht ganz unmöglich gemacht, sich die Zuständigkeit oder das Staatsbürgerrecht zu verschaffen. Ein großzügigeres Gesetz kann man sich schwerlich denken, weil es gerade Volksschichten am meisten betrifft, welche an der kulturellen und nationalen Unterdrückung des tschechischen und slowakischen Volkes gar keinen Anteil hatten. Die ungarische feudale Oligarchie hat ja die ungarischen Arbeiter gerade so unterdrückt, wie die anderssprachigen Proletariat. Mit grossem Rechte offenbart sich hier die hierländische Demokratie, die Gleichheit und die Brüderlichkeit durch die Tatsache, daß die Reichen sich die Zuständigkeit erwerben können, weil sie Vermögen haben. Der ungarische Arbeiter aber kann sich die Staatsbürgerschaft nicht verschaffen, wenngleich er auch 50 Jahre hindurch hier wehnt, weil — sein Name in der Liste der Steuerzahlenden nicht enthalten ist.

Die Frage der Staatsbürgerschaft und Zuständigkeit ist zum schrecklichen Fluche von hunderttausendtausend Proletariern und mehreren zehntausenden Kleinbürgerlichen Familien geworden. Hier handelt es sich um eine sehr große Sache, um das Leben tausender Menschen! Denn, wer kein Staatsbürgerrecht hat, kann kein Gewerbe, keinen Handel betreiben, hat überhaupt keine politischen Rechte, keine Existenz, keine Heimstätte ist ironischerweise der größten Ungewissheit ausgesetzt, selbst die Kinder kann er nicht in die Schule geben, weil auch hierzu das Staatsbürgerrecht erforderlich ist. Diese entrechteten Leute werden als Fremd-

linge behandelt, die man bloß aus Gnade eine gewisse Zeit duldet, die aber die Behörden jederzeit ausweisen können. In anderen Kulturstaaten werden nur Individuen ausgewiesen, die gemeine Missetaten begingen, hiezu aber werden die nützlichsten Mitglieder der Gesellschaft aus dem Lande verjagt.

Aber nicht nur in dem Gesetze selbst liegt die unerhörte Ungerechtigkeit, sondern auch in der Art und Weise, wie dieses Gesetz gedeutet und gehandhabt wird. Die tschechoslowakische Regierung hätte trotz dem Trianoner Friedensvertrag und dem erwähnten Gesetze die Möglichkeit gehabt, die himmelstreichende Entrechtung in vielen Beziehungen zu lindern. Das Gesetz gibt ja die Möglichkeit, daß die zu Fremdlingen Verurteilten um ihr Staatsbürgerrecht und ihre Zuständigkeit ansuchen können. Die Unglückseligen haben auch ihre Gesuche eingereicht, etwa hunderttausend Personen, die Regierung aber hat die Gesuche der Arbeiter ohne Ausnahme abgewiesen.

Mein Herr! Sie haben sich keinerlei, als noch das tschechische und slowakische Volk unterdrückt war, der Sache dieser Völker mit so großem Eifer und Begeisterung angenommen und sind uns als Freund der Verfolgten, als Beschützer der Schwachen und Bedrängten bekannt. Hören Sie doch die Stimme der Verzweiflung und der Erbitterung der hiesigen Bevölkerung.

Wir erfinden Sie daher, wollen Sie sich von den hier geschilderten tatsächlichen Zuständen persönlich überzeugen und mit ihrer westeuropäischen Autorität, und dem ganzen moralischen Gewichte Ihrer verehrten Persönlichkeit einschreiten, damit die unerträglichen Leiden des hiesigen, armen, im Elend darbenenden, gepeinigten Volkes endlich doch aufhören!

Ausland.

Streikbruch im Ruhrgebiet.

Langsam nimmt die Besserung der Lage im Ruhrgebiet an Umfang zu. Im Landkreis Dortmund wird bereits seit Mittwoch auf der Wehrzahl der Zechen wieder gearbeitet, in Hörde und dessen Landkreis ist die Arbeit ebenfalls wieder aufgenommen. Auch in den Landkreisen Hattingen und Gelsenkirchen ist der Streik mit Ausnahme von kleinen Teilstreiks beigelegt. In Witten sind die Streikenden am Mittwoch morgen vollständig mit Ausnahme eines Betriebes wieder zur Arbeit angetreten. Verschlechtert hat sich die Lage nur im Bezirk Hamm, wo die Belegschaften wider Erwarten nicht zur Arbeit angetreten sind. Die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit hat ihre wesentliche Ursache in der 50prozentigen Erhöhung der Vergarbeiterlöhne. Schon daraus ergibt sich, daß die Aufstände weniger infolge der kommunistischen Hetze als durch die allgemeine wirtschaftliche Not entstanden sind. Daß nach der 50prozentigen Lohnerhöhung die Ausschüß für eine Weiterführung des Streiks äußerst schlecht sind, sehen jetzt auch die Kommunisten und Unionisten ein. In Bochum fordern z. B. auch die Unionisten zur Beilegung des Streiks und zur Wiederaufnahme der Arbeit durch Klatsche auf. Das gleiche geschah an einer ganzen Reihe anderer Orte. Nur vereinzelt wird versucht, die Streikenden weiterhin von der Arbeit abzuhalten. Die direkte Beteiligung einzelner maßgebender Ruhrkommunisten an der Anarchie der letzten Tage ist nicht abzutreiten. Für ihr Verhalten aber die gesamte kommunistische Partei verantwortlich machen, wäre unecht. Es gibt auch im Ruhrgebiet viele Kommunisten, die die Hetze ihrer direktionslosen Parteigenossen entschieden verurteilen und von dem, was einzelne ihrer Glaubensvetter getan haben, weit abriden. Besonders reges Verzeichnis Bochum an dem Aufruhr beteiligt. Neben der Streikleitung in diesem Bezirk hat auch eine unionistisch-kommunistische Kampfleitung bestanden. Ihr sind in der Hauptsache die Angriffe auf die einzelnen Zeitungen, der gewaltsame Sturm auf die Feuerwehrt und Ordnungsmannschaften, das Vertrieben hunderter von Arbeitern von ihren Arbeitsstätten usw. zuzuschreiben. Aber auch andere Elemente waren beteiligt. In Bochum wurde z. B. außer einer ganzen Reihe von Verurteilungen ein 20jähriger Arbeiter festgenommen, der sich zu einer kommunistischen Hundertzählung, gleichzeitig aber im Besitz eines Mitgliedsbuches einer katholischen Arbeitervereinigung war.

Tages-Neuigkeiten.

Tod und Leben. Das „Pravo Lidu“ hat die schwierige Aufgabe zugeleitet bekommen, zu beweisen, daß die Politik der tschechischen Regierung sozialisten ein Ausfluß des geläuterten sozialen, demokratischen und freibürgerlichen Willens ist, und weil ihm das Leben für diese Aufgabe beängstigend wenig Material liefert, wendet es sich mit verzweifelter Entschlossenheit den Toten zu. Wahr und wahrhaftig, es preist es als Verdienst der tschechischen Sozialdemokratie, daß hiezu die Leichen verbrannt werden dürfen, während in Oesterreich ein heißer Kampf um das Wiener Krematorium tobt, an diesem, just an diesem Gegenstand soll offenbar werden, wie haltlos und niederträchtig unsere gegen die tschechischen Sozialdemokraten erhobenen Vorwürfe sind. Sich als Verdienst zuzuschreiben, was in der Gesamtsituation der beiden Staaten begründet ist, insofern die Merkmalen Oesterreichs eine erdrückende Macht, die Kräfte hier einen zwar großen, doch immerhin in Schranken zu haltenen Saufen darstellen, ist an und für sich eine Kühnheit. Aber den Bestand einer oder mehrerer Krematorien in der Tschechoslowakei als Beweis sozialdemokratischer Prinzipientreue und Tatkraft zu produzieren, geht doch wohl über das Erlaubte. Welche Verstöße gegen die internationale Pflicht haben wir ihnen vorgehalten — sie weisen mit Casarengedärde auf die Krematorien. Welche dringenden Forderungen des Lebens haben wir ihnen unterbreitet — sie rühmen sich der Asche der Toten. Und wenn schon vom Tod gesprochen werden soll: wie entschieden riefen wir sie zum Sturm gegen die Einrichtungen auf — sie aber richteten den Opfern einer mittelalterlich gebliebenen Justiz den Erwid! Vom Leben getraut sich das „Pravo Lidu“ nicht zu sprechen, weil ihm die Beweise fehlen; und an den Tod hätte es sich hüten sollen zu rühren, weil damit eine untilgbare Sünde seiner Partei wieder vor das Bewußtsein aller tritt, deren Bild über den sozialdemokratischen Biergarten des „Pravo Lidu“ hinausreicht.

Aus Furcht vor Arbeitslosigkeit in den Tod gegangen. Dieser Tage hat der 67 Jahre alte Textilarbeiter Beer in Neudorf seinem freudlosen Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. In der letzten Zeit wurden — so berichtet der „Volkswille“ — in der Spinnerei, in der er beschäftigt war, Arbeiterentlassungen vorgenommen und leider auch sehr viele alte Arbeiter hat das traurige Los der Arbeitslosigkeit getroffen. Seinen Angehörigen gegenüber äußerte sich Beer: „Wenn ich auch entschlafen werde, so überlebe ich das nicht, wovon sollen wir beiden alten Leute leben.“ Dieser Fall zeigt wieder einmal ganz deutlich, welche beneidenswertes Leben die Arbeiter führen. Während des Krieges Selbstmorde wegen Hunger und jetzt . . . aus Furcht vor Arbeitslosigkeit. In dem Schicksal dieses alten Arbeiters offenbart sich das Schicksal der ganzen Klasse. Wäre es nicht ein Gebot höchster Gerechtigkeit, wenn endlich die Altersversorgung Gesetz würde? Doch, eine Gesellschaft, deren oberstes Prinzip der Profit ist, die die Wohlfahrt der Massen dem Moloch Militarismus opfert, fühlt nicht die brennende Schande, die in der Verzweiflung ihrer Opfer zum Ausdruck kommt. Was gilt einer Gesellschaft das Leben eines einzelnen, die Detatomben von Menschenleben auf der Waise des Krieges opfert! Aus eigener Kraft muß sich der Arbeiter jenen Klats in der Gesellschaft erobern, der ihm gemäß seiner Arbeit zukommt. Denn erst wird jene Barbarei enden, die Menschen in den Tod treibt, weil sie Arbeitslosigkeit fürchten müssen.

Wie die Proletarier sterben. Mittwoch früh wurde auf einer Lösshalde, die sich zwischen der Glasfabrik der Firma Wählig und der Fabrik Dudel befindet, ein älterer Mann tot aufgefunden. Es war sofort zu erkennen, daß der Leichnam schon längere Zeit dort gelegen sein mußte. In der Leiche wurde nach den vorgefundnen Papieren der 62 Jahre alte Ernst Emil Wogler aus Chemnitz festgestellt. Aller Wahrscheinlichkeit nach hatte Wogler auf der Lösshalde sein Nachlager aufgeschichtet und ist infolge der aus der Halde ausströmenden Schwefelgase erstickt.

Hinausgeworfene Staatsgelder zu Ehren des Präsidenten der Ersparungskommission. Bei der Ankunft Dr. Kramars in Kaschau war der Bahnhof mit Tannentreisig, Blumen und zahlreichen Fahnenquirlen geschmückt, als ob irgend ein König auf Reisen wäre. Dr. Kramar fuhr nach Kaschau aus dem einzigen Grunde, um eine Ortsgruppe der nationaldemokratischen Partei zu gründen. Das „Pravo Lidu“ richtet nun eine öffentliche Anfrage an den Eisenbahningenieur, ob die Ausschmückung des Kaschauer Bahnhofes auf Staatskosten erfolgt ist und wer für die dadurch entstandenen Ausgaben die Verantwortung trägt. Wenn die Ausschmückung auf Privatkosten erfolgt ist, was aber das Blatt bezweifelt, so wird gefragt, wer die Erlaubnis dazu gegeben habe, ein staatliches Gebäude zu Ehren des politischen Agitators einer Partei zu schmücken und wer die Eisenbahnbediensteten dazu kommandiert hat, diese Ausschmückung durchzuführen. Daß irgend etwas bei dem Besuche Kramars in Kaschau nicht in Ordnung ist, beweist auch der Umstand, daß die nationaldemokratische Presse, obwohl sie über den Empfang Dr. Kramars in Kaschau ausführlich berichtet, von der Ausschmückung des Kaschauer Bahnhofes schweigt.

Der Kampf gegen die Schundliteratur. Das Finanzministerium hat den Finanzbehörden erster Instanz den Auftrag erteilt, allen Tabaktrafikanten den Verkauf unästhetischer Drucksachen, wie Bilder, Ansichtskarten usw., sowie

den Verkauf bzw. die Ausstellung von Schundliteratur, wie z. B. Indianergeschichten und Detektivromanen zu verbieten. Das Verbot haben die Finanzbehörden sämtlichen Trafikanten gegen Bestätigung zukommen zu lassen. Die Nichtbefolgung dieses Verbotes wird mit Geldstrafe, bzw. mit der Entziehung des Tabakverkaufes bestraft. Sollten sich manchmal Straffälle ergeben, ob bestimmte Bilder, bzw. Bücher als unmoralisch zu beanstanden sind, so ist ein Gutachten der zuständigen politischen Behörde zu verlangen.

Schweizer Volksabstimmung über die Revision des Alkoholgeetzes. Das Schweizer Volk wird am 3. Juni über eine Revision des aus dem Jahre 1880 stammenden Alkoholgeetzes in Urabstimmung zu entscheiden haben. Damals wurde, um der Schnapspest, die Volk und Land verwißelte, zu steuern, ein staatliches Monopol auf die Erzeugung und den Verkauf des Branntweines beschlossen; aus dem Reinertrags wurden der Bund und die Kantone finanziell entschädigt und ein „Alkoholzehnteil“ der Bekämpfung des Alkoholismus gewidmet. Durch Lehre bewährte sich das Gesetz so schlecht und recht, aber es trug den Todeskeim in sich, indem es den für den Privatgebrauch bestimmten Spiritus freizügig (Hausbrennereien!) und unbesteuert ließ. Seit einigen Jahren aber haben diese „Hausbrennereien“ derart zugenommen, daß der Schnapskonsum in größerer geworden ist als vor dem Alkoholgegesetz. „Monopolfreier“ Schnaps wird in berartigen Massen erzeugt und verkauft, daß der Staatsmonopolbetrieb beständig zurückgeht, immer weniger Reinertrag und auch für die Bekämpfung des Alkoholismus immer weniger abwirft. Es blieben nur zwei Auswege: Aus dem Ausland billigen Alkohol zu beziehen und die Schnapspreise so zu drücken, daß die inländischen Privatbrennereien zugrunde gehen — das würde durch Verbilligung des Schnapses seinen Verbrauch bedeutend steigern, also das Schnapsübel nur noch steigern. Oder die gesamte Branntweinproduktion wird der Kontrolle der staatlichen Alkoholverwaltung unterstellt und auch der für den Privatgebrauch freigegebene Trinkspiritus besteuert, und der Staat erhält das Recht, Produktion, Verbrauch und Preis für alle Sorten Schnaps den öffentlichen Interessen entsprechend zu gestalten. Eine solche Vorlage wird nun zur Abstimmung vorgelegt. Dabei wird der Bund verpflichtet, fünf Prozent, das sind etwa 500.000 Franken, die Kantone 15 Prozent, also zwei bis drei Millionen Franken jährlich für die Bekämpfung des Alkoholismus zu verwenden. Der Bund muß die übrigen 95 Prozent für die sozialen Versicherungs- und andere) aufwenden. — Obwohl ein Teil der Gastwirte und die Bauern gegen diesen Gesetzentwurf agitieren, dürfte er doch angenommen werden, da auch die bürgerlichen Parteien dafür eintreten, selbst die offiziellen Bauernparteien, die, zum Unterschied von unseren Agrarführern den Mut haben, in diesem Falle das Allgemeininteresse über die Privatinteressen zu stellen. Die sozialdemokratische Partei hat einen Aufruf erlassen, worin sie für die Annahme des Revisionsgesetzes agitiert. — Trotz der heftigen Agitation gewisser Gruppen der Gastwirte und der bäuerlichen Schnapsbrüder in den Obgenannten dürfte die Vorlage die notwendige Mehrheit erhalten.

Lenin. Ueber die Krankheit Lenins melden die „Narodni Listy“, daß er an zunehmender Arterienverkalkung als Folge seiner Überarbeitung leidet. Er habe eine Lungenentzündung und einige Gehirnkrankungen überstanden, der Tod könne aber plötzlich eintreten. Das „Rude Pravo“ drückt diese Meldung ab und fügt hinzu, daß es sich um dieselbe Krankheit handle, an der auch die Gattin des Präsidenten Masaryk verstorben ist.

Wieder einer. In der Mädchenbürgerschule Salmburgerstraße in Wien lehrte als Katechet ein Dr. Volkshals, der die Mädchen nicht nur prügelte, sondern auch auf seine Weise sexuell „aufklärte“. Seine pfäffliche Püsterheit verdeckt sich natürlich hinter einer geistlichen Zensurleihe; hier einige Ausprüche: „Der Mensch ist nur bis zum Gängel Mensch, was darunter ist, ist tierisch.“ „Ein schamhaftes Mädchen verhält sich das, was tierisch ist.“ „Kinder kriegen ist tierisch.“ Die Besprechung der Schwangerschaft Marias wird zum Anlaß genommen, physiologische Vorgänge zu besprechen, über die ein Mann (und gar ein geistlicher Herr!) mit Mädchen dieses Alters in einer öffentlichen Schule nicht reden kann. Mit Vorliebe erzählt er Liebesdramen, wobei nicht vergessen wird, zu erwähnen, daß sie in der Nacht das treiben, „was Liebende und auch Vater und Mutter zu tun pflegen“, wenn sie allein sind. Er findet es auch für notwendig, zu erklären, daß ein Mädchen, das sich mit mehreren Männern abgibt, Fejen genannt wird, über Aussehen, Kleidung und Benehmen Prostituiert zu reden. Der Gipfelpunkt aber ist wohl, daß er auf der Schultafel obföne Zeichnungen macht, wie sie an Haus- und Abornwänden zu sehen sind, und sie mit Erklärungen versehen. — Ähnliche Leute, die aus öffentlichen Mitteln erhalten werden, sitzen leider nicht nur in der genannten Wiener Mädchenbürgerschule, sondern in den Schulen aller Länder. Eltern, die sich „sittlich-religiösen“ Einfluß auf ihre Kinder anders vorstellen als diese Prügel- und Schweinepfaffen, mögen aus dieser Darstellung, die einen von tausenden Fällen betrifft, die Lehre ziehen und ihre Mädchen und Knaben dem pfäffischen Religionsunterricht entziehen.

Unsere Toten. Die Lokalorganisation Klados-Pravoslav teilt uns mit: Genosse Johann Pichart, welcher seit der Gründung

unserer Organisation ein treues Mitglied war, ist am 23. Mai nach kurzem Leiden im Alter von 48 Jahren gestorben. Die zahlreiche Beteiligung am Leichenbegängnis, welches am 26. Mai auf dem Wolschaner Friedhof in Prag stattfand, zeigte, wie beliebt er bei allen war, die ihn kannten. Auch wir werden unserem toten Freunde stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Chodauer Raubmord. Vor dem Egerer Schwurgericht begann gestern die Verhandlung gegen den der Mittäterschaft an der Ermordung des Werksbeamten Klanger beschuldigten angeblichen Journalisten Hermann Jwanow. Für die Durchführung des Prozesses, für den umfangreiche Sicherungsmaßnahmen getroffen wurden, sind zwei Tage in Aussicht genommen.

Vierfacher Raubmörder. Wie aus Budapest berichtet wird, hat der ehemalige Handelsgehilfe Josef Molnar-Toth, der beschuldigt war, vor mehreren Monaten einen jungen Mann ermordet und die Leiche in einer Blechdose verborgen zu haben, heute nach mehrjährigem Verhör das Geständnis abgelegt, daß er außerdem noch drei andere Personen ermordet hat. Die Leichen der Getöteten wurden heute aufgefunden. Molnar-Toth hat die Tat verübt, um sich in den Besitz der Effekten seiner Opfer zu setzen.

129 Kilometer in der Stunde mit der Eisenbahn. Aus London wird gemeldet, daß einige englische Eisenbahngesellschaften, namentlich die große Westbahn-Gesellschaft, die Schnelligkeit der Züge in diesem Monate erheblich erhöhen. Man erwartet, daß die Schnellzüge mit einer noch nie dagewesenen Schnelligkeit bis 80 englische Meilen in einer Stunde fahren werden. Ueberraschend ist hierbei der Umstand, daß zur Fahrt die bisher bereits in Verwendung stehenden Lokomotiven verwendet werden. Durch in der jüngsten Zeit vorgenommene Versuche wurde nachgewiesen, daß diese Lokomotiven geeignet sind, die genannte große Schnelligkeit ohne jede Schwierigkeit zu erreichen. — Diese Erhöhung der Zuggeschwindigkeit stellt tatsächlich einen riesigen Fortschritt dar. 80 englische Meilen sind beinahe 129 Kilometer. Danach werden also die englischen Schnellzüge ungefähr die doppelte Geschwindigkeit wie die inländischen erlangen.

Leute, die William Shakespeare heißen. Den Namen des berühmten englischen Dichters trägt heute in England noch eine große Anzahl von Personen. Es handelt sich dabei indessen nicht um Nachkommen oder Verwandte des Dichters, sondern um zufällige Namensvettern. Eine dieser William Shakespeares ist Rechtsanwalt, ein anderer Sänger, ein dritter Zahnarzt. Was die eigentliche Familie des Dichters anbetrifft, so wird sie von den Harts vertreten, den Nachkommen des Hutmakers William Hart aus Stratford, der mit Jane Shakespeare, der Schwester des großen William, verheiratet war. Im Jahre 1917 lebte noch in Leicestershire ein Stuhlflechter namens Hart, der der berühmten Familie angehörte, und dessen Gesicht eine verblüffende Ähnlichkeit mit dem in England volkstümlichen Bild William Shakespeares zeigt. Dieser Stuhlflechter lebte in recht kümmerlichen Verhältnissen und war nicht wenig erfreut, als ihm eines Tages ein begeisterter Shakespeare-Verwahrer einen Besuch abstattete und ihm bei dieser Gelegenheit eine Pfundnote überreichte. Das Beispiel fand Nachahmer und der glückliche Stuhlflechter hatte dadurch eine angenehme Nebeneinnahme. „Das war“, pflegte er zu sagen, „auch der erste und einzige Vorfall, den mir meine Familienbeziehungen mit William Shakespeare eingebracht haben.“

Der Mord an dem Grubenwerführer in Götting. In der dunklen Angelegenheit des im Jänner erfolgten Mordes an dem Grubenwerführer Tauffig in Götting trat dieser Tage in der Sache eine bemerkenswerte Wendung ein. Es wurde jetzt festgestellt, daß es sich nicht um einen Raubmord handelt, wie man ursprünglich angenommen hatte. Dieser Tage wurde in einem Gehräup am Ufer der Nordsee der dem Werführer Tauffig gehörige Aock, in dem sich sämtliche Gelder, die Tauffig damals zur Lohnauszahlung bei sich hatte, aufgefunden. Die Geldnoten sind vollkommen aufgefunden, jedoch unverändert. Der Ermordete wurde allem Anschein nach vollkommen bekleidet in die Nordsee geworfen, aber die Strömung und verschiedene andere Hindernisse zogen der Leiche den Aock aus, der sich sodann im Gehräup versank. Trotz dieser neuen Wendung ist in das Rätsel des Mordes selbst kein Licht gebracht worden, das zur Verhaftung der Mörder führen könnte.

Die Antikontrollen in der Tschekoslowakei sollen — wie die „Eidos Noviny“ erfahren — in die Eisenbahnenverwaltung einbezogen werden. Bisher gehörten sie in die Kompetenz des Postars. Es wird nun diebaldig zwischen den Ministerien für Post und Eisenbahn verhandelt.

Aus der mährischen Wälderei meldet das Abendblatt des „Eidos Slava“ in einem Telegramm eine katastrophale Ueberschwemmung. Zahlreiche Brücken sind eingestürzt; die Wege unpassierbar, das Getreide vernichtet. Eine Frau wurde vom Blitz getötet.

Einführung des Zonenzolls auf der Prager Glettschneise. Die Verlängerung der Dreierstrecke bis nach Mähle ist vollkommen fertiggestellt. Um die kommissionelle Genehmigung dieser neuen Strecke in der Länge von über zwei Kilometer wurde bereits angelobt. Doch wartet man mit der Eröffnung der Fahrt zu, bis die Frage der neuen Fahrtrasse gelöst sein wird, die mit Rücksicht auf die Veränderungen der Streckenrichtungen der elektrischen Bahnen in Groß-Prag in Vorbereitung sind. Es handelt sich um Einführung eines Zonenzolls, damit diejenigen, die kurze Strecken fahren, nicht die glei-

Brand der Petersburger Oper.

London, 1. Juni. (Havas.) Die folgenden Blättermeldungen zufolge ist die Petersburger Oper durch einen Brand vollständig vernichtet worden. Hierbei sind viele Personen ums Leben gekommen und viele verletzt worden.

Der Krematorium-Schmick in der Sadgasse.

Wien, 1. Juni. (Eigenbericht.) Die Rechtslage in dem Krematoriumsstreit liegt jetzt so: Nach der Gemeindeverfassung hat wohl der Bürgermeister das Recht, einen Beschluß des Gemeinderats zu sistieren, wenn aber der Gemeinderatsbeschluß wiederholt wird, so erwächst dieser Beschluß in Rechtskraft. Da nun der Gemeinderat heute den sistierten Beschluß wiederholt hat, so steht der Gemeinderat auf dem Standpunkt, daß die Sache jetzt für ihn erledigt ist. Die Schwierigkeit bestand nur insofern, als der Minister Schmick dem Bürgermeister hätte verhindern können, dem Magistrat den Auftrag zu erteilen, das Krematorium weiter zu führen. Deshalb hat der Gemeinderat folgenden Weg gewählt. Es wurde der Beschluß gefaßt, mit Uebergehung des Bürgermeisters selbst dem Magistrat den Auftrag zur Weiterführung des Krematoriums zu erteilen. Daraufhin hat der Bürgermeister erklärt, daß er in Konsequenz der Weisungen, die ihm erteilt wurden, diesen Auftrag sistiere. Daraufhin hat Genosse Professor Tandler den Antrag gestellt, diesen sistierten Beschluß ebenfalls zu wiederholen, wodurch er wirksam wird. Was die Regierung jetzt tun wird, ist schwer zu sagen, da sie ein wirksames Mittel, den Gemeinderat zu hindern, nicht besitzt, umso mehr, da die Deutschnationalen im Gemeinderat ebenfalls für die Weiterführung des Krematoriums gestimmt haben und die Regierung es schwer wagen kann, die Großdeutschen in der Regierung mit denen im Gemeinderat in Konflikt zu bringen.

Die neue Krematoriumsaffäre hat also, wie vorausgesehen, mit einer großen Blamage für die Zeppellerratsalen geendet, da die Regierung den Gemeinderat nicht hindern kann, die Weiterführung des Betriebes des Wiener Krematoriums zu beschließen.

Scharfmacherei der englischen Industriellen gegen Rußland.

London, 31. Mai. Heute wurde in London die Versammlung der Gläubiger Rußlands abgehalten, in der die bedeutendsten Handelsfirmen Englands vertreten waren. Es kam eine Resolution zur Annahme, die die Ueberzeugung ausspricht, daß keine Konferenz zwischen der russischen und der britischen Regierung stattfinden solle, wenn die russische Regierung nicht zuvor ihre Bereitschaft erklärt, Rußlands ausländische Schulden einschließlich des beschlagnahmten britischen Eigentums in Rußland zu erstatten.

Der französische Jaisismus.

Paris, 1. Juni. In der heutigen Kammer Sitzung kamen sofort die Interpellationen über die gestrigen Angriffe der Royalisten gegen republikanische Abgeordnete zur Sprache. Herriot führte aus: Wir sind Anhänger der Legalität. Die französische Demokratie hat aber die gestrigen Zustände satt. Die Regierung hat ihren Teil Verantwortung an dieser Lage. Man hecht nicht ungekräftigt bis an die Tribünen des Parlaments und darf die Republik nicht beschimpfen. Die Regierung muß Stellung nehmen und sich auf die eine oder andere Seite stellen. Der Augenblick ist gekommen, um die royalistischen Ausschreitungen energig niederzuschlagen. Abg. Brusse protestierte gegen die Einführung jaisistischer Methoden in Frankreich. Innenminister Maunourh erklärte darauf, daß die Regierung die gestrigen Attentate mißbilligt und entschlossen sei, dagegen mit den strengsten Maßnahmen vorzugehen. Sie haben den Beweis, daß eine Organisation bestehe, die sich über ganz Frankreich erstreckt. „Ich kenne deren Führer“, sagte der Minister, „und die Gerichte sind verständigt worden. Die Regierung wird ihre Pflicht bis zum Ende erfüllen, um die Republik zu verteidigen.“



chen Preise zahlen müssen, wie Personen, welche ganze Strecken benutzen. Diese Angelegenheit wird noch im Laufe der Sommermonate des heurigen Jahres gelöst werden.

Tragische Folge ehelicher Untreue. Der verheiratete Beamte Zerbons aus Prag brachte dieser Tage seine Freundin in seine in der Döbwoher Beamtenkolonie gelegene Wohnung mit. Seine junge Frau legte dagegen empöret Beschwerde ein, worauf sich ihr untreuer Gatte mit seiner Freundin wieder entfernte. Als er gegangen, nahm die betrogene Frau Gift und verließ nach kurzer Zeit. Der Vorfall erregte in der Beamtenkolonie großes Aufsehen; eine große Anzahl der entrüsteten Bewohner sammelte sich an, um Zerbons bei seiner Rückkehr entsprechend zu empfangen. Der Untreue lehnte aber nicht zurück und entging auf diese Weise einem Volksgericht.

Die Prager Selbstmordepidemie. Drei Lehrlinge schwammen Donnerstag abends in der Moldau von Böhöhrad nach Prag. Unter der Palastbrücke bemerkten sie ein leeres Boot, in dem zwei Briefe lagen. Die Burschen geben an, daß sie um 8 Uhr abends in diesem Boot eine ungefähr 19jährige schwächliche Frau, die eine schwarz geklumpte Bluse trug, sahen. Die Unbekannte ließ sich das Boot von dem Bootmeister Karl Kubat auf dem Postfalter Rai und teilte ihm mit, daß sie Döbwoher heiße. Sie ließ bei ihm einen dunkelblauen Mantel, graue Handschuhe und 76 K zurück. Es ist wahrscheinlich, daß diese Frau den Tod in der Moldau gesucht hat. — Donnerstag nach 8 Uhr abends sprang in den Wägher Teich eine unbekannte Frau und ertrank. Die Lebensüberdrüssige war ungefähr 55 Jahre alt, von mittelgroßer Statur, hatte graue Haare und war jählos. Sie war mit einer schwarzen Aockbluse, dunkelblauer kariertem langen Aock, schwarzer Aockschürze bekleidet und trug schwarze Strümpfe und schwarze Leinwandhalschürze. Auf dem Kopf hatte sie ein kariertes Arbeitstuch. Die Gendarmerei forschte nach ihrer Identität. — In Karlin wurde gestern die Leiche eines mittelgroßen Mannes aus der Moldau gezogen, in der der 39jährige Schneidergehilfe Wenzel L. erkannt wurde. Die Leiche wurde in das Institut für gerichtliche Medizin geschafft.

Verlorene Postpakete. Von 4742,970 Postpaketen, die im ersten Quartal 1920 zur Aufgabe gelangten, sind 1849 Poststücke (0,039 Prozent) in Verlust geraten.

Zwölf Personen vom Blitz getroffen. In der Bergarbeiterkolonie „Mexiko“ bei Rüttschan fuhr bei dem Unwetter, das am vergangenen Samstag über weite Gebiete des Landes niederging, der Blitz in ein Häuschen, das 16 Stuben hat, und tötete durch alle Stuben. Zwölf Personen wurden leicht verletzt.

Entdeckung einer antiken Statue. Bei der Ausführung von Straßenarbeiten auf der Piazza Emporio in Rom wurde von den Arbeitern eine wanderfähige Antike aus rotem Marmor im Gewicht von 28 Zentnern zutage gefördert, die eine Matrone in sitzender Stellung darstellt. Die Direktion der Antikensammlungen wurde sofort von dem Fund benachrichtigt, der in das Museum delle Terme überführt und dort ausgestellt worden ist.

Kleine Chronik.

Abnahme der kleineren Städte in Deutschland. Nach einer Statistik, die in der „Allinischen Wochenchrift“ mitgeteilt wird, nehmen Zahl und Einwohnerzahl der deutschen Klein- und Mittelstädte gegenüber den Großstädten immer mehr ab. Die Zahl der Städte über 100.000 Einwohner betrug 1920 49 und 1922 46, jedoch ist diese Abnahme nur durch die Eingemeindung der Groß-Berliner Großstädte zu erklären. Dagegen stieg die Zahl der Einwohner dieser Großstädte von 14,855.000 im Jahre 1920 auf 16,553.000 im Jahre 1922. Die Zahl der Städte von 50.000 bis 100.000 Einwohnern ist von 46 auf 36 zurückgegangen, die der Städte von 30.000 bis 50.000 Einwohner von 75 auf 61, die der Städte von 15.000 bis 30.000 Einwohnern von 205 auf 190. Der Geburtenüberschuß, den die kleineren und Mittelstädte gegenüber den Großstädten aufweisen, ist zwar 1920 ebenfalls zurückgegangen, beträgt aber doch noch durchschnittlich 7 gegen 33 in den Großstädten. Die Sterblichkeit ist in Klein- und Mittelstädten ungünstiger als in den Großstädten, aber dies wird nur dadurch hervorgerufen, daß in den kleineren Städten sehr viele Ortsfremde sterben, die vom Lande herüber überwiegend werden. Ohne die durch Ortsfremde gesteigerte Zahl der Sterblichkeit wäre der Geburtenüberschuß der Klein- und Mittelstädte gegenüber den Großstädten noch günstiger, die Sterblichkeit aber nicht schlechter.

Wenn man kein Jassig war...

Von Felix Stöffinger (Berlin).

In dem Prozeß gegen den Verbrecher Dalhuber hat niemand, nicht einmal der angeklagte Mörder-Ärzt, eine ähnlich verächtliche Rolle gespielt wie die vollstänigen, aber um so gewissenloseren Ärzte, die mit der Autorität ihres wissenschaftlichen Namens und ihres Zeugeneides einen niedrigen und gefährlichen Kriminellen wissenschaftlich und moralisch deckten. Warum taten sie es? Weil der klagende Angeklagte eine Macht und es daher vorteilhaft war, mit ihm statt gegen ihn zu sein. Alle menschlichen und ehrenhaften Argumente bedeuteten weniger als die Solidarität mit dem herrschenden System. Ja, die Ärzte haben sich in diesem Kriege ausgezeichnet, und wenn sie einmal in diesem Prozeß vor Gericht standen, da hatten sie keine Angst, da waren sie sicher, daß die Klassenjustiz sich schützend vor die Klaffenmediziner stellen würde.

Aber das Zusammenhalten der Professoren war nicht nur eine gegenseitige Deckung für jedes im Dienste des Militarismus begangene Verbrechen, sondern auch ein Schutz des Militarismus gegen jede Aufsehnung, die etwa aus den Kreisen der Professoren kommen würde. Viel zu fürchten hatte ja der Staat nicht. Die deutsche Gelehrtenwelt hat niemals seit Bismarcks Tagen aus einer Mehrheit von Männern bestanden, die ihre wissenschaftliche Ueberzeugung über ihre Strebereien gestellt hätten. Die Mehrheit war vielmehr bis

ins Innerste militärisiert, sie schützte nicht den Geist vor der preukhischen Best, sondern sie lieferte sich ihm freudig aus. Auf Bajonette und Universitätsreden stützte das kaiserliche Regime seine Macht. Wer sich dagegen auflehnte, riskierte vor dem Kriege seinen Lehrstuhl; wer im Kriege die Politik des Wahnsinns auch nur privat kritisierte, riskierte Schutzhaft, Gefängnis, strafweisen Tod auf dem Felde der Ehre, ein Disziplinarverfahren des den Generalen unterstellten Kultusministeriums, Verlust seiner wissenschaftlichen Anstellung und dauernde Verfernung durch seine Kollegen.

Gewiß, es gab Männer, die sich nicht alles bieten ließen. Sie standen auch nicht immer allein, sondern hatten Gesinnungsgenossen und Helfer. Aber wie schwach, wie klein war die Gruppe der deutschen Universitätsprofessoren, die ein Empfinden für die Erbarmlichkeit des alten Systems hatte. Wie schwach waren sie, wie schwach sind sie. Und diejenigen, die im Kriege eine Aufsehnung wagten, haben es noch heute zu büßen. Professor Friedr. Wilhelm Foerster, einer der wenigen ethisch denkenden deutschen Gelehrten, ist in Acht und Bann getan. Professor Veit Balwin hat sich durch Prozesse in einem leidenschaftlichen Kampf vor den Verfolgungen seiner nationalalistischen Kollegen schützen müssen.

Der schlimmste Fall scheint mir aber der des Professor Karl Heldmann in Halle-Wittenberg zu sein. Was dieser Mann im Kriege und nach dem Kriege mitgemacht hat, gehört zum Beschämendsten, was in Deutschland passiert ist. Solange dieser Fall nicht gutgemacht ist, wird der Makel der Verachtung auf allen deutschen Professoren liegen, die nichts tun, um Heldmann zu schützen, die schweigend diese Schmach geschehen lassen. Fortan hat ein deutscher Professor nicht mehr zu sagen, was er in seiner Wissenschaft geleistet hat (deshalb kann er noch immer ein berufliches Individuum sein), sondern was er getan hat, um vom deutschen Universitätswesen die Schmach dieser Dinge zu nehmen.

Was hat der Geschichtsprofessor Heldmann getan, was wurde ihm getan? In einer Broschüre „Kriegserlebnisse eines deutschen Geschichtsprofessors in der Heimat“ (Verlag „Friede durch Recht“, Ludwigshafen bei Stuttgart) berichtet er selbst das Folgende, ohne daß, mit einer mir viel zureichenden Rücksicht auf Namen und persönliche Einzelheiten, jeden der allgemeinen Verachtung preisgegeben, wäre in diesem Falle das Richtige gewesen.

Am 4. Juni 1917 erhielt Heldmann eine Vorladung vor des Amtsgericht in Halle, das sich damals vor der Ausflucht seines Souveräns, noch als das königliche bezeichnen durfte. Beschuldigt war er der Verbreitung verbotener Druckschriften. Worin bestand diese „Verbreitung“? Heldmann hat eine geheim erschienene Schrift in einem geschlossenen Brief an seinen Freund und Berufskollegen Professor Foerster nach München geschickt. Da aber Foerster damals in der Schweiz war, wurde der Brief weitergeschickt, verfiel der Grenzkontrolle, wurde geöffnet, abgeschrieben, der Militärbehörde gesandt, die damals das deutsche Volk mit dem Stiefelabjaß regierte, der Staatsanwalt übergeben, wo ein „renommiertes“ Staatsanwalt, die Anklage wegen „Verbreitung verbotener Druckschriften“ erhob. Nun begann der übliche deutsche Gang von Prozessen. Auf die Vorladung vom 4. Juni folgte eine Gerichtsverhandlung am 1. September, die aber mit dem Freispruch Heldmanns endigte, da eine Verfernung einer Schrift in dem geschlossenen Brief ein einziges Mal an einen Bekannten seine „Verbreitung“ sei. Aber der Staatsanwalt erhob Berufung, begründete sie sieben Monate später, am 1. Mai 1918, erzwang einen neuen Prozeß am 21. Juni (also ein Jahr nach dem Brief an Foerster); nun gab es Gerichtskämpfe, ob die wichtigste Person in diesem Verfahren, nämlich Foerster, als Zeuge vernommen werden sollte, es kam wieder zur Vertagung wegen eines Fehlers im Protokoll, dann noch einmal zum Beschluß einer neuen Vernehmung von Foerster erst am 23. Oktober, dann am 6. November, bis endlich am 5. Februar 1919 das Amtsgericht die beschlagnahmte Broschüre Heldmann zurückgab und das freisprechende Urteil vom 1. September 1917 für rechtskräftig erklärte. Die Staatsanwaltschaft hatte mit Rücksicht auf die Amnestie vom 3. Dezember 1918 die Berufung zurückgezogen. Dazu hatte man also wieder zwei Monate gebraucht.

Wenn nichts anderes geschehen wäre, lohnte es wohl nicht von dem Fall zu sprechen. So was gab es zehntausendmal in dem Lande, in dem man einen Krieg um Kohle, Erz und fremde Länder unter dem Titel eines ausgezwungenen Verteidigungskrieges führte. Aber das Schlimmste kommt nun erst.

Während seine Korrespondenz heimwärts in die Schweiz wurde, schrieb Heldmann seine Briefe schonungslos wie gewöhnlich. Da er den Bestrebungen des Bundes Neues Vaterland nahe stand, durch seine Freundschaft mit Foerster und anderen oppositionellen Geistern mit den Schriften und Bestrebungen zu tun hatte, die eine neue staatliche Moral erstrebten und in der ganzen deutschen Politik seit Bismarck eine Kette von grundfalschen Irrtümern erblickte, ergab sich eine Korrespondenz mit zahlreichen freier denkenden Menschen, die gerade im Kriege Sehnsucht nach einer freien Aussprache hatten. So korrespondierte Heldmann auch mit einem Casseler Gesinnungsgenossen, der unter anderem der Erbitterung der gepöbelten Casseler Bevölkerung über die rücksichtslose und gewissenlos verschwenderische Hofhaltung der ehemaligen Kaiserin auf Schloß Wilhelmshöhe bei Cassel Ausdruck gab. Dabei zitierte er auch den Anspruch seiner Bürokraten, die die Kaiserin mit jener Ungeniertheit, die in Deutschland leider erst im dritten Kriegsjahr aufkam, also hundert Jahre zu spät, als „Frauensper-

Die Mark.

son" in ihrem Dialekt bezeichnete. Und diesen Brief quittierte Heldmann ungefähr in derselben Weise, wiederholte mit einem Scherz den Satz der Bürofrau und fügte etwas Neulitales bei.

Natürlich hatte die Militärzensur Brief und Antwort aufgefunden und beschlagnahmt. Nachdem auch noch die Spionageabteilung des Generalstabs die Justiz scharf gemacht hatte, erschien Mittwoch, den 24. Oktober 1917 eine vierköpfige „Gerichtskommission“ zu einer Untersuchung in der Strafsache gegen den Universitätsprofessor Heldmann, wegen Verleumdung eines Mitgliedes eines landesherrlichen Hauses, seines (!) Staates, wie man das so nannte, um Privat- und Universitätsräume zu durchsuchen. Nebenbei hing man Heldmann noch ein Verbrechen wegen Geheimbündelei an. Mit diesem abernen Verfahren wollten wir uns hier nicht weiter befassen, es kam bei der Untersuchung sowieso nur heraus, daß es sich erstens um keinen Geheimbund handelte, und zweitens Heldmann bei diesem Nicht-Geheimbund nicht einmal Mitglied oder so etwas ähnliches gewesen war.

bleiben wir bei dem Majestätsbeleidigungsprozeß, der nun nicht nur der deutschen Justiz, sondern auch einer deutschen Universität Gelegenheit gab, die gemeinste und ekel-erregendste Gesinnung zu entwickeln, und der heute, Ende Mai 1923 — höre es, Leser — noch immer keine vollkommene Beendigung gefunden hat.

Fassen wir also zusammen: Am das Ende des Jahres 1917 schwebten gegen Heldmann drei Verfahren: wegen Verbreitung verbotener Druckschriften, wegen Majestätsbeleidigung, wegen Geheimbündelei. Dies bei einem Mann, der mit keinem Schritt in der Öffentlichkeit oder agitatorisch im Geheimen gewirkt hatte.

Die Untersuchungen gegen Heldmann entsetzten die Pöbelhaftigkeit des deutschen Untertanengeistes zu einer wahrhaft überragenden Größe. Wie sollen sich auch Menschen benehmen, die eine Majestätsbeleidigung wegen Gebrauch des Wortes „Frauensperson“ zu führen hatten und dies mit der Begründung taten, in Halle verstände man darunter eine Hure. Eine burleske, nämlich mehr als zutreffende Kritik der kaiserlichen Vorgänge mit Milch und Sahne, Butter und Weizenmehl in der Zeit der Rohkosternährung wurde also in eine feruelle Beschimpfung umgelogen. Dementsprechend ging es weiter.

Die Untersuchungsrichter in der Wohnung Heldmanns benahmen sich sofort frech und unanständig gegen seine Frau, die doch nur die Frau eines Majestätsbeleidigers war und daher in ihren eigenen Räumen keines Grases mehr gewürdigt wurde. Am 26. November wurde Heldmann zu einem Verhör zu seinen „Kollegen“, dem Rektor, dem Dekan, dem Universitätskurator beschieden. Keiner der Jassche reichte Heldmann die Hand. Es kam nun zu einer Untersuchung, vielmehr Aussprache, bei der man erfahren wollte, wie Heldmann politisch stehe, das heißt, ob er ein gehorsamer Sklave der Stoppengeräte sei oder etwa ein Defaitist, dem daher die Bezeichnung der Kaiserin als Dirne schon zuzutragen sei.

In den sieben Seiten über dieses Verhör lernt man den ganzen deutschen Kriegesgeist kennen. Wegen einer freundlichen Äußerung Heldmanns über Wilson in seinen Briefen, deren gestohlene Abschriften die Jassche vor sich liegen hatten, herrschte ihn der Universitätskurator an: „Und das sagen Sie von dem gemeinsten und verlogensten unserer Gegner!“ Zu Heldmanns Briefstellen über Staatsmoral bemerkte der Kurator: „Was haben Sie mit diesen Fragen zu tun? Sie haben doch keinen Lehrauftrag für Ethik, sondern (!) für Geschichte.“ Wahrscheinlich hatte der Kurator gewiß keinen Auftrag für Ethik, daher durfte er aus gestohlenen Briefen vorlesen. Eine Briefentwertung über Hindenburg entsetzte den Kurator am meisten: Sie haben ja vor nichts Respekt, nicht einmal vor Hindenburg.“ Daß Heldmann ausländische Zeitungen las und zitierte, wurde ihn besonders verärgert, obwohl er doch einen Lehrauftrag für Geschichte, also auch für Geschichtsquellen hatte. Nachdem der Kurator alles dies ohne Scham aus den gestohlenen Privatbriefen dem Schreiber dieser Briefe vorgelesen hatte, brachte er es tatsächlich fertig ihn zuletzt zu sagen: „daß Sie mich mit diesem Gabel erfüllen.“

Die Untersuchung wollte nun Heldmann mit allen Mitteln der Infamsten und widerwärtigsten Lüge beweisen, daß Heldmann seine politischen Ansichten auch in seinen Universitätsvorlesungen entwickelt habe. Leider tat er das nicht, konnte er es nicht tun. Aber da die Jassche alle Vorlesungen, Geschichte und Medizin, Kunst und Astronomie dazu benutzten, die gemeinste und dümmste Völkerverhetzung zu betreiben, konnten sie es wohl nicht glauben, daß Heldmann sich Zurückhaltung auferlegt habe. Und der Beweis dafür, daß Heldmann im Kolleg nicht politisch aktuell geworden war, wurde wieder als Beweis von Feigheit erklärt. Nach zweiflüchtigem Verhör wurde Heldmann entlassen, der noch ein Uebriges tat, sein Bedauern über die Bezeichnung der Kaiserin als „Frauensperson“ im Kasseler Dialekt auszusprechen, und sich mit der Unkenntnis der Bedeutung dieses Wortes in Halle entschuldigte.

Die Untersuchung wurde vom Untersuchungsrichter germanistisch weiter geführt. Die eine Partei zitierte das kurhessische Wörterbuch von Wilmars, das Deutsche Wörterbuch von M. Heyne und legte die entsprechenden Stellen zu den Akten. Das Gericht holte Gutachten von drei angesehenen Germanisten in Göttingen, Berlin und Marburg ein, ob der Kasseler Dialektausdruck für die Frau dort, früher oder später identisch sei mit dem Ausdruck für Hure, Dirne, wie man in Halle den Ausdruck verstände, wie in der Heimat von Heldmann. Die Untersuchung ging nun darauf aus, eine Kritik an der Hoffschwendernverwaltung für eine Kritik an

Obwohl sich jeder Mensch in den letzten Jahren an die Schwankungen im Werte der mittlereuropäischen Valuten gewöhnt hat, wird man nicht ohne Schandern vorübergehen können an dem katastrophalen Kurssturz, den die Mark in den letzten Tagen erlitten hat. Noch zu Neujahr kosteten an der Prager Börse 100 Mark 43 Heller, am 1. Mai nur noch 11 Heller, in den letzten Tagen 5 bis 5,50 Heller; gestern dagegen bekam man 100 Mark für 4,35 Heller. Die Mark ist also heute nur noch den zehnten Teil dessen wert, was sie noch zu Neujahr wert war. Sie hat gestern beträchtlich den Wert der österreichischen Krone unterschritten, denn 100 österreichische Kronen kosteten an der Prager Börse mehr als 100 Mark, nämlich 4,60 Heller. Unter Umrechnung dieser Zahlen gelangt man dazu, daß sich der Wert einer tschechischen Krone auf 2174 österreichische Kronen oder auf 2290 Mark beläuft. Auch an der Züricher Börse steht selbstverständlich die Mark tiefer als die österreichische Krone. Wie unsere Leser den untenstehenden Kursen der Züricher Börse ansehen können (Mark = 0,0075, österreichische Krone = 0,0078). Während bei den früheren Markstürzen die Ursachen in den Reparationsleistungen zu suchen waren, welche den deutschen Staatshaushalt aus dem Gleichgewicht brachten und die deutsche Reichsbank fortwährend zum Druck von Papiergeld veranlassen, liegt natürlich die Ursache diesmal — da Deutschland die Leistungen von Reparationen eingestellt hat — in der Besetzung des Ruhrgebietes, die dem Reiche ungeheure Kosten auferlegt, da das Reich den Industriellen Zuschüsse für die Löhne der Arbeiter gewährt. Eine Zeitlang vermochte die Reichsbank durch ihre Stützungsaktion den Wertverfall der Mark aufzuhalten, jetzt reichen scheinbar die Mittel der Reichsbank nicht mehr aus, sie will den letzten Rest an fremden Devisen, den sie noch besitzt, nicht opfern. In der letzten Woche wurden für 470 Milliarden

Ihrer Majestät selbst zu erklären, da Ihre Majestät doch wisse, woher ihre Milch zum Morgenlaffee stamme (das Volk trank damals Eichelwasser ohne Milch). Als Heldmann so gottlos war, dies zu verneinen, fragte ihn der Untersuchungsrichter, ob er nicht wisse, daß Ihre Majestät täglich den K ü h e n z e t t e l mache, ob er das nicht in der Zeitung gelesen habe, „wo es manchmal stand“, (?) ob er etwa auch den Zeitungen nicht glaube!

Dem Prozeß wollen wir hier nicht in allen Einzelheiten folgen. Er war dünn, langwierig, unmenslich, eine Verhöhnung des Rechtes, wie tausend andere Prozesse, die die Justizbarkeit seit dem Ausbruch des Krieges über uns verhängt hat. Der Professor hatte die Kaiserin und ihren Appetit auf Milch und Butter in der Zeit der Hungerplage nicht ehrsüchtig bewundert — er hatte eine verbotene Schrift verbreitet, er hatte eine Versammlung gleichgesinnter Freunde besucht — damit war er für alle Jassche erledigt. An die Wand mit ihm und zunächst ins Loch. Im Gegensatz zu ähnlichen unpolitischen Prozessen mußte der Angeklagte auf der Angeklagtenbank sitzen. Die Richter schnauten ihn an und verhöhnten ihn. Die germanistische Komödie mit Logis, Sachverständigenurteilen und einer Untersuchung des Wortes für Frauenzimmer in verschiedenen deutschen Dialekten wurde weitergespielt. Vorchriftsmäßig wurde schließlich Heldmann zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Wirklich v o r s c h r i t t s m ä ß i g. Denn im Sommer 1919 kam es heraus, daß die Militärbehörde seine Verurteilung verlangt hatte.

Freilich, so lange konnten die Jassche nicht warten. Und so trat schon am 3. Jänner 1918 die Philosophische Fakultät von Halle fast vollständig zu einer Sitzung zusammen und beschloß, nach eingehender Kenntnis Ihrer gerichtlich beschlagnahmten Korrespondenz einstimmig zu erklären, daß sie die aus diesen Briefen sich ergebende Gesinnung und Handlungsweise auf das schärfste verurteilt und sie wissenschaftlich und moralisch nicht für geeignet hält, weiterhin ein Staatsamt zu bekleiden und besonders an einer deutschen Universität Geschichte zu lehren.“

Das war allerdings wahr. An einer deutschen Universität hatte und hat heute noch ein ethischer Geschichtsunterricht nichts zu suchen. Diese einstimmige Erklärung von Halle besteht heute noch zu Recht, mehr als das, sie ist die einzige Wahrheit, die jemals die philosophische Fakultät von Halle ausgesprochen hat, und so ist es zu verstehen, daß Heldmann noch heute, fünf Jahre nach der Defektion der Hohenzollern, Wittelsbacher, Ludendorffe etc. keine moralische Rehabilitierung erlangt hat und nie erlangen wird, da die Jassche nicht nur in Halle, sondern an allen deutschen Universitäten den Geist der monarchistischen Feigheit und Schuftigkeit souverän zum Ausdruck zu bringen verstehen. Heldmann wurde mit seinem ethischen Geschichtsurteil sofort vom Amte verjagt und auf die Hälfte seines Gehaltes gesetzt.

Heldmann fragt etwas naiv, wie diese 30 Professoren dazukamen, seine Privatbriefe hinter seinem Rücken durchzuschneiteln, ihn beim Kultusminister zu denunzieren, ihn nach zwanzigjähriger Arbeit an der Universität moralische Qualifikation abzuprüfen. — Naive Frage! Weil diese Professoren ein ganz erbärmliches unanständliches Paar sind, die nicht aus Angst, sondern aus eigenem freien Willen sich nur als die Stiefelknechte von Feldwebeln und Offizieren woffschäften und jede Aufsehung dagegen als eine Art Körperverletzung empfinden. Jrgend eine Erklärung dafür, daß einer der

Mark neue Noten ausgegeben, wodurch die Menge des in Deutschland umlaufenden Papiergeldes auf 7,50 Billionen, das sind 7500 Milliarden Mark, gestiegen ist.

Für die deutsche Arbeiterklasse bedeutet der Marksturz das nackte Elend. Die Lebenshaltungskosten steigen von Tag zu Tag, die Preise passen sich dem Wertsturz der Mark sehr rasch an, nicht jedoch die Löhne. Im letzten Monate haben sich die Preise in Deutschland verdoppelt. Am 25. April betrug der Index 5798, am 25. Mai 9084. Seither sind die Preise noch gewaltig gestiegen. Dabei schaut die deutsche Regierung der Entwicklung der Verhältnisse passiv zu, sie hat weder die Energie, die deutschen Industriellen zu einer wirksamen Garantie ihres Reparationsangebotes zu veranlassen, noch eine Devisenpolitik zu betreiben, die den ärgsten Auswüchsen der Spekulation entgegentritt. Daß die Spekulation auf allen Börsen der Welt den Verfall der Mark noch beschleunigt, braucht nicht näher ausgeführt zu werden.

Berlin, 1. Juni. (Eigenbericht.) Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ nimmt in schärfer Weise gegen die Untätigkeit der Regierung in der Markentwertungsfrage Stellung. Er gibt den bestehenden Massen Schuld, wenn der Widerstand an der Ruhr erlahme, da sie aus der Ruhrbesetzung ein Geschäft machen wollen. Er fordert von der Regierung wirksame Maßnahmen gegen einen weiteren Sturz der Mark und ausreichenden Schutz der Lohnarbeiter, die sonst unter der Last zusammenbrechen. Die Regierung Cuno hätte durch ihr grenzenloses Entgegenkommen gegenüber dem Kapital das herbeigeführt, was zu verhindern ihre vornehmste Aufgabe war.

stillschicken Deutschen, Professor Förster, heimlos ist und nur durch einen unbedenklichen Zufall noch nicht von einem Korpsstudenten ermordet wurde, die Reiches und Jassche und die hallensischen Lumpen dagegen hoch in Ehren stehen — eine Erklärung dafür gibt es nicht, sie sei dem das Wörtchen „deutsch“, das einst eine edle und heute im großen und ganzen die unanständigste Sorte von Menschen bezeichnet, die Produkte der bismarckisch-ludendorffischen Zeit, die dann erst überwinden sein wird, wenn die Förster und Heldmann zu Ehrendoktoren ernannt und die Photographien der Jassche und der Hallenser an den Pranger der deutschen Verachtung gestellt sein werden. Dies zu erreichen ist unsere eigentliche Aufgabe, und weil wir wissen, daß nur die unglücklichste Schuld das Deutsche aus einem Reich der Schöpfung zur Ursache des Hasses gegen diese Schöpfung gemacht hat, ist es unsere Aufgabe, das undeutsche Deutschtum und nur zu deutsche Jasschtum als das Gemeinste, Niedrigste, Widerwärtigste und Ekelregendste zu bezeichnen, was heute irgendwo auf der Welt existiert.

Und doch, alles Widerwärtige des Jassche kommt noch!

Heldmann, der Beleidiger einer deutschen Kaiserin (in Wahrheit einer dummen alten Dame, die den Krieg bis zum Weißbluten der Anderen gewollt hat), war nun in dreifacher Strafsache verwickelt, vom Amte entfernt, der moralischen Würde verlustig erklärt. Er war gefallen und die Jassche hoben ihr Hinterbein und gaben ihm noch einen Tritt nach. Nicht nur ihm, nicht nur sie. Auch die Frauen, die immer noch um einen Grad deutschnationaler sind als ihre Männer, traten mit. Die Kinder der Professoren wurden vom Spiel mit Heldmanns Kindern zurückgerufen. Die Frauen brachen den Verkehr mit Heldmanns Frau ab. In dem dummen deutschen Provinznest lebten Heldmanns Verrent. Auch die Kollegen von den anderen Fakultäten verweigerten ihm offensiv den Gruß. An seiner Frau gingen sie mit dem Hut auf dem Schädel vorüber. Bis zu den Universitätsdienern herab, bemühte man sich, ihn zu „schänden“, ihm Verachtung zu bezeugen. Die Adenschwengel in den Buchhandlungen wußten, daß dieser Kunde schlecht bedient werden sollte. In neutralen Häusern weigerten sich die insolge ihrer Erbärmlichkeit zur Dogenatur moralisch Beugten, mit einem „Hochverräter“ an einem Tisch zu sitzen. In den Kaffeelassen der Damen reichte man sich pitante (nämlich pazifistische) Stellen aus den gestohlenen, erbrosenen, hinterrücks abgeschriebenen Briefen Heldmanns als kleine Sensationen herum. Keiner fühlte, daß Liebe, Zuhälter, Einbrecher, die gestohlenen Gut am Schnapsstisch Grad deutschnationaler sind als ihre Männer. Wahrend zitierten ließen, moralisch sicher nicht tiefer standen. Der dümmste Schuß war aber wohl ein Schußhörer, der den kleinen Heldmann vor verammelter Klasse höhnlisch fragte, wo sein Vater sich eigentlich unterrichtete und woher er sein Geld beziehe. Natürlich mit dem Unterton: „von der Entente“. So wurde Heldmann wie ein Ausdäuger, wie ein niedriger Verbrecher, obwohl er doch kein Jassch war, aus der Gesellschaft der Universität und von ihrem Anhang verstoßen, und wenn einer nicht genügend unterrichtet war und so unvorsichtig, mit ihm zu verkehren, dann wurde gefragt, ob er denn nicht über Heldmanns „Vorleben“ unterrichtet sei.

Der wissenschaftliche Vohlott Heldmanns wurde selbstverständlich sofort von den kleinen Klässern in den Hinterhäusern der Universitäten mitgemacht. Die wissenschaftlichen Vereine, Kommissionen, Ausschüsse, in denen Heldmann gratis

arbeitete, schlossen ihn aus, stellten ihn kalt. Den anderen Universitäten wurde über den „Fall“ berichtet. Man bereitete alles vor, um den Beleidiger Ihrer Majestät überall unmöglich zu machen.

Der Sturz des monarchischen Systems bedeutet selbstverständlich nur eine formale, keine moralische Rehabilitierung Heldmanns. Er durfte nun zwar wieder lesen, aber er blieb bohottiert. „Wie können Sie sich unterstehen, bei dem zu hören, wissen Sie nicht, daß der ein Hochverräter ist?“ Mit solchen Drohungen suchte man seine Hörer zu verschrecken. Die Kollegen, die ihm vernichten wollten, ertrugen seine Wiederkunft mit Unwillen und schaden ihm weiter, wo sie können. Beschwerden fliegen ohne jeden Anlaß über seine Lebergriffe zum Kurator. Die Absicht des Kultusministers, die Extraordinariate in Ordinariate zu verwandeln, wurde in Halle nur deswegen verhindert, um Heldmann von einem ordentlichen Lehramt fernzuhalten. Schließlich wollte Heldmann aus Anständigkeit die anderen Extraordinariate nicht unter seiner Bohottierung leiden lassen und auf seine Veranlassung hin wurden seine Kollegen zu Ordinarien ernannt. Er blieb, freiwillig und duldben der übergangene außerordentliche Professor.

Heldmanns Kampf um Ehre und Recht ist bis zum heutigen Tage vergeblich geblieben. Seinen Wunsch, nach einem Disziplinerverfahren zur Untersuchung der ihm „einstimmig“ abgesprochenen moralischen Eignung zum Lehramt hat das Kultusministerium mit einem Wort der Anerkennung für Heldmann abgelehnt. Aber dieser eine Satz, der sich in einem Brief des Ministeriums an Heldmann befindet, kann Heldmann nicht genügen. Hat doch die Faktatät diese Erklärung amtlich nicht erfahren. Ja, wenn ein Junker, ein General, ein monarchistischer Professor Kultusminister gewesen wäre! Da wären die Jassche mit ihren längsten Weinen gelogen, eine neue Sitzung einzubringen; da hätten sie wieder „einstimmig“ erklärt, was ein Feldwebel oder ein vom Kaiser wegen seiner Feldwebelgesinnung zum Minister ernannter Professor hätte hören wollen. Aber so —! Der Majestätsbeleidiger war ungeeignet und er bleibt es, denn hieran ist nichts anderes über ihn bekannt geworden. Und daß er in der Beurteilung von Deutschlands Schicksal Recht gehabt hat, muß extra bestrakt werden.

Das Ministerium hat selbstverständlich nichts weiter getan, um Heldmann zu seinem Recht zu verhelfen oder ihn aus seiner qualvollen Lage zu befreien. Da das Rechtsgefühl ein dem neudeutschen Menschen völlig unbekanntes Gut ist, wurde mit ekelhaften formalistischen Phrasen und Ausreden eine Sühne unterlassen. Daß die Ministeriumsbeamten im Herzen gegen Heldmann sind, ist natürlich. Man wagte nicht mehr, als den hallensischen Jassche privat unter vier Augen eine „Rüßbilligung“ anzusprechen. Das Verfahren neu zu eröffnen und der hallenschen Faktatät die Schmach anzutun, daß sie eventuell noch einmal gegen Heldmann entscheiden würde, das wagte man nicht. In solchen Fällen, aber nur in solchen, achtet man in Deutschland das demokratische Selbstbestimmungsrecht der reaktionären Körperschaften der Welt, der deutschen Universitäten. Auch die Möglichkeiten, Heldmann von Halle weg in eine andere Universität zu versetzen, wurden nicht wahrgenommen. Soll der ekelhafte Defaitist sich in Halle braun ärgern.

Auch der hochachtbare Versuch des Kieler Theologen Professor Baumgarten, eines der wenigen menschlich-rechtlich denkenden Universitätsprofessoren, zwischen Halle, Fakultät und Heldmann zu vermitteln, schlug fehl. Die Hallenser Boyzen antworteten Baumgarten mit einem ganz freien, selbstverständlich auch im miserabelsten Deutsch abgefassten Brief. Besonders empörte es sie, daß sie einen einstimmig abgefassten Beschlus durch eine öffentliche Ehrenerklerung unthosen sollten“. Ob Recht, ob Unrecht — was schiert sie das, wo es doch einen einstimmigen Beschlus einmal gegeben hat.

It es danach möglich, noch vor der Hallechen Universität irgend etwas zu hören, ohne einen fürchterlichen Brechreiz zu empfinden? Selbst die Hallenser Professoren werden zugeben, daß das unmöglich ist.

Der Fall Heldmann bleibt aber weiter, was er ist: wie der Zuluzmord an Fedenbach, Toller, an tausenden namenlosen Arbeiter, an den Jugendlichen, die neulich wegen Beschmierens eines Kaiserdenkmals fünf Jahre Gefängnis erhielten, wie der Fall Förster, wie die hunderte ungeführter Morde von rechts, an denen in überprosser Zahl Jüglinge der Professoren hallensischer Art beteiligt sind — kurz wie die ganze Mord- und Justizpest, des neuen Deutschland, das würdig das Deutschland des Weltkriegs ablöst —, das bleibt das eigentliche deutsche Problem. Das Urteil an Krupp war tendenziös und erinnerte deshalb an deutsche Urteile. Aber ich erkläre: solange die Halle Heldmann, Fedenbach und die tausend Justizmorde der letzten Jahre seine öffentliche Sühne gefunden haben, kann Deutschland niemals Teilnahme für irgend ein angelegtes Unrecht fordern. Der Fall Heldmann stinkt zum Himmel, er ist das würdige deutsche Gegenbild zum Falle Jassch und zu allen Fällen des Universitätserrors gegen links und zur Zukünftigkeit der Wissenschaft in Müddienste des hobenjoerischen und habsburgischen Banditentums. Das Rechtsgefühl muß und wird sich, so hoffen wir, gegen diese Schmach einmal aufbäumen. Deswegen ist es Pflicht, in das Material dieser Fälle hineinzuweisen, so schnurstrich auch die Beschäftigung mit hallensischen Fakultätsbeschlüssen ist. Denn wenn die Niederträchtigkeit des Falles Heldmann nicht erboß, der hat kein Gefühl für Recht, und wo dieses nicht ist, hat alles Leben seinen Sinn und seine Heiligkeit verloren.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Industriellen gegen die Sozialversicherung. Die bürgerlichen Blätter veröffentlichten gestern ein Kommuniqué des Arbeitgeberausschusses des Zentralverbandes der tschechoslowakischen Industriellen, das sich gegen die geplante Sozialversicherungsvorlage wendet und darauf hinweist, daß diese eine schwere Belastung für die Erzeugungskosten in der Industrie sein wird. Dabei betonen natürlich die Industriellen, daß sie sonst bereit sind, an den Maßnahmen mitzuwirken, welche auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Arbeiterschaft abzielen. — Die Industriellen sind immer für Arbeiterschutz — nur darf es kein Geld kosten. Wenn das, was der Arbeitgeberausschuss des Zentralverbandes der tschechoslowakischen Industriellen über die Sozialversicherung sagt, alles ist, was er zu dieser für die Arbeiterschaft so wichtigen Vorlage zu sagen hat, so ist das herzlich wenig und jenseitig nur von der Kleinlichkeit, von der die Industriellen erfüllt sind.

Zur Sanierung der Mähr.-Schlesischen Banl. Wie wir einem Rundschreiben des mähr. Landesauschusses vom 16. März 1923 entnehmen, hat die Mährische Hypothek- und Landeskulturbank über Ersuchen des Finanzministeriums die Aufgabe übernommen, bei der Sicherstellung der Einlagen der Moravsko-slezská banka (Mährisch-Schlesische Bank) mitzuwirken. Zur Durchführung dieses äußerst wichtigen, aber schwierigen Planes ist, wie in den Runderlasse des mährischen Landesauschusses ausgeführt wird, nebst anderem notwendig, daß bei der Mährischen Hypothek- und Landeskulturbank neue Einlagen auf Einlagebüchel und auf laufende Rechnung gegen eine 5prozentige Verzinsung im ganzen von dreihundertfünfzig Millionen Kronen gemacht werden. Diese Einlagen würden in der Weise gebunden sein, daß jährlich vom 1. Jänner 1923 an zehn von hundert freigegeben würden, wobei die Zinsen immer verfügbar bleiben. Der mährische Landesauschuss fordert nun die mährischen Gemeinden auf, einerseits die Bewohner zu den genannten Einlagen zu animieren, andererseits die Stammkapitalien der Gemeinden selbst und der von ihnen verwalteten Fonds und Stiftungen bei der Mährischen Hypothek- und Landeskulturbank auf Einlagebüchel oder auf laufende Rechnung anzulegen. Der mährische Landesauschuss erklärt, daß er zu diesem Zwecke die Freischreibung (Dezinsulterung) der erwähnten Stammeinlagen der Gemeinden und deren Anlage bei der Mährischen Hypothek- und Landeskulturbank mit aller Beförderung bewilligen wird. Die Sicherheit wäre nach Anschaffung des mährischen Landesauschusses eine vollkommene, da für die Einlagen sowohl die Mährische Hypothek- und Landeskulturbank, als auch gemäß § 13 der Statuten derselben das Land Mähren hafte. Die Vertreter der Gemeinden bei dieser Sanierungsaktion zu selbstverständlich eine völlige freiwillige Verpflichtet sind sie hiezu nicht. Auch darf die Bemerkung, daß für die Einlagen sowohl die Mähr. Hypothek- u. Landeskulturbank, als auch das Land Mähren hafte, nicht etwa dahin verstanden werden, daß es sich um eine mindelsichere Anlage handle. Jene Gemeinden, die ihr Stammvermögen bisher grundsätzlich mindelsicher angelegt haben, müßten von dieser vorsichtigen Praxis abgehen, wenn sie ihr Stammvermögen ganz oder zum Teile in gebundenen Einlagen bei der Mährischen Hypothek- und Landeskulturbank anlegen wollten.

Die tschechische Großkaufmannschaft veröffentlicht gerade jetzt ihren Jahresbericht, aus dem das „Pravo Lidu“ einen kurzen Auszug bringt. Wir müssen sagen, daß die Deflationspolitik in ihrer Größe den Nationen und ihren Staaten nicht so viel materiellen Schaden bringen kann, wie es gang und gäbe die Inflationspolitik mit sich bringt (Österreich, Polen, Deutschland usw.) Vom Standpunkt der Genossenschaftsökonomie sehen wir auf dem Boden der Deflationspolitik; es kann aber nicht unser Wunsch sein, daß die Deflation mit gewaltigen und halsbrecherischen Mitteln erfolgt, weil diese Mittel zu viel Schaden zurücklassen. Wir sind Anhänger einer natürlichen, angemessenen Deflation, die den Zweck hat, daß mit dem steigenden Wert im Ausland auch der Wert und die Kaufkraft der Währung im Inland steigt. Hervorzuheben ist ferner, daß die in den eigenen Produktionsstätten der Gesellschaft erzeugten Waren einen Wert von 47 1/2 Millionen Kronen, das ist 8.07% des Gesamtumsatzes haben. Die Gesellschaft beschäftigt 700 Beamte, Angestellte und Arbeiter. Das bar erlegte Gesellschaftskapital beträgt etwas über 16 Millionen, die Reservefonds 13 Millionen, der Gewinn für 1922 beläuft sich auf 2 1/2 Millionen Kronen.

Keine Benachteiligung der tschechischen Arbeiter in Böhmen. Die Exekutiven der Union der Bergarbeiter und des Zwag hornitu des Falkenauer Revieres beschäftigten sich in einer Sitzung in Falkenau mit dem Artikel des Zentralorgans der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei vom 15. Mai, worin berichtet wurde, daß eine Deputation der tschechischen Arbeiter des hiesigen Bergrevieres in Prag Beschwerde führte, daß bei den Entlassungen im Bergbau hauptsächlich die tschechischen Bergarbeiter entlassen werden usw. Die Mitglieder beider Exekutiven mußten einmütig feststellen, daß die Krise in Falkenauer Bergreviere zur Unvermeidlichkeit geworden ist, und daß auch von den zuständigen Stellen in Prag für dieses Revier nicht das erforderliche Verständnis zur Milderung der Krise an dem Tag gelegt wird. Beide Exekutiven waren aber auch der einhelligen Überzeugung, daß, selbst wenn der Bergbauunternehmer

es versuchen wollte, diese Krise national auszunutzen, sich die Bergarbeiter, gestützt auf ihre geschlossene Koalition, dagegen wehren würden. Die Bergarbeiter haben bisher immer den Standpunkt bei Kündigung vertreten, insofern derselbe zum Ausdruck kommen konnte, vor allem den wirtschaftlich Schwächeren zu schützen, ohne Unterschied der Nation. In diesem Punkte wurde der Bericht des „Pravo Lidu“ als unrichtig erklärt, und die tschechische Exekutive hat sich auch bereit erklärt, dies richtigzustellen.

Stinnes und das tschechoslowakische Petroleum. Die schwierige Situation, in welche die Regierung infolge der Sistierung des Vertrages mit der Standard Oil geraten ist, müht — wie die „Lidove Roviny“ melden — der Stinneskonzern aus, um anstelle der Standard Oil mit der tschechoslowakischen Regierung abzuschließen. Bekanntlich hat die Standard Oil in dem Vertrag sich verpflichtet, umfangreiche Bohrversuche in der Tschechoslowakei zu unternehmen, was sie aber dann nicht tat, weil es sich ihr nur darum handelte, den Petroleummarkt in der Tschechoslowakei zu monopolisieren. Das Interesse des Stinneskonzerns am tschechoslowakischen Petroleum rührt daher, daß dieser nunmehr an einigen Schiffahrtsgesellschaften beteiligt ist, welche die Seigung mit Kohle durch Dampferung ersetzen wollen.

Vor einem tschechoslowakisch-englischen Handelsvertrag. Der englische Abgeordnete Morel richtete im Unterhause an das Handelsministerium die Anfrage, ob es richtig sei, daß die Verhandlungen betreffend einen Handelsvertrag mit der Tschechoslowakischen Republik, durch welchen britischen Waren wesentliche Tarifvergünstigungen zugesichert werden sollen, durch viele Monate so art wurden infolge des englischen Gesetzes zum Schutze der Industrie und im Hinblick auf die Besorgnisse der tschechoslowakischen Regierung, daß auf Grund des erwähnten Gesetzes Verordnungen zu Ungunsten tschechoslowakischer Waren erlassen werden könnten. Namens des Handelsamtes erwiderte dessen Sekretär Wolner, daß die Verhandlungen betreffend den genannten Vertrag fortgesetzt werden und daß er die berechtigten Hoffnungen habe, daß die vom Abg. Morel angeführten Schwierigkeiten kein Hindernis für den Abschluß des Vertrages bilden werden, da über die gerade diese Angelegenheit betreffende Klausel provisorisch schon eine Vereinbarung erzielt wurde.

Organisation der Fabriksinspektion. Die Frage der allgemeinen Grundfrage für die Gestaltung der Fabriksinspektion wird auf der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz (zu Genf im Oktober 1923) verhandelt werden. In einem an die Regierungen der Mitgliedsstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation gerichteten Rundschreiben wird die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung dieses wichtigen Gegenstandes gelenkt und empfohlen, daß unter den beratenden Sachverständigen, die zu der Konferenz entsandt werden, auch ärztliche Fabrikarbeitsinspektoren und weibliche Sachverständige sein sollen. Im Statut der Internationalen Arbeitsorganisation ist bestimmt, daß wenigstens einer der beratenden Sachverständigen, die ein Staat zur Internationalen Arbeitskonferenz entsendet, dem weiblichen Geschlechte angehören soll, falls Fragen auf der Tagesordnung stehen, welche die Frauen besonders betreffen. Ursprünglich war beabsichtigt gewesen, daß sich die Arbeitskonferenz von 1923 unter anderem auch mit der Frage der Gleichbehandlung einheimischer und fremder Arbeiter in bezug auf Unfallentschädigung befassen soll, doch wurde dieser Gegenstand, wie auch andere Angelegenheiten, auf die Konferenz von 1924 verschoben.

Ende des belgischen Eisenbahnerstreiks. Aus Brüssel, den 1. Juni, wird gemeldet: Der Eisenbahnerstreik soll heute beendet werden. Die Eisenbahner wollen die Arbeit gegen das Versprechen des Eisenbahnministers wieder aufnehmen, sich sofort in ersterer Weise mit ihren Forderungen zu beschäftigen und keine Maßnahmen gegen die Streikenden vorzunehmen.

Konjunkturrückschlag in den Vereinigten Staaten. Die amerikanische Hochkonjunktur, die in den letzten Monaten beobachtet wurde, scheint den Höhepunkt überschritten zu haben. Viele Zeichen deuten darauf hin. Zwar sind die

Betriebe noch bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt, und es wurden Produktionsziffern erreicht, die alles bisherige überboten. Wesentliche Lohnhöhungen wurden vorgenommen. Der Mangel an Arbeitskräften, hervorgerufen durch die gesetzliche Einschränkung der Einwanderung, hat zur Steigerung der Löhne beigetragen. Die Preise pflegen jedoch in der Regel noch mehr zu steigen als die Löhne. Trotzdem ist die Teuerung in der letzten Zeit zum Stillstand gekommen, die Preise bleiben trotz Lohnsteigerungen beständig. Dieses Zeichen deutet auf eine beginnende Abschwächung hin. Es scheint eine Ueberproduktion eingetreten zu sein. Freilich nicht in dem Sinne, daß die Bevölkerung die erzeugten Produkte nicht nötig hätte, sondern daß ihre Kaufkraft nicht ausreicht, um die Produkte zu kaufen. Die Hauptursache der beginnenden Krise ist jedoch die Lage der europäischen Volkswirtschaften, welche infolge ihrer Verarmung die teuren Produkte der Vereinigten Staaten nicht kaufen können. Selbst die englische Textilindustrie mußte ihre Baumwollkäufe einschränken, weil ihr die aus amerikanischen Baumwolle hergestellten Produkte, die in Indien usw. verkauft werden sollen, zu teuer kamen. Daher ist auch der Preis der Baumwolle gesunken. Für die Preisgestaltung sind nämlich die Exportmöglichkeiten maßgebend; die an sich im Verhältnis zur Gesamtproduktion nicht sehr wesentlichen Produktmengen, welche als Ueberflüsse ins Ausland ausgeführt werden sollen, wirken auf die innere Preisgestaltung entscheidend zurück. Da aber diese Ausfuhr infolge der Verarmung Europas unterbunden ist, drücken die im Inland zurückgebliebenen Waren auf den Preis und erschöpfen die Konjunktur.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

München	Schw. Frank	16.56.25
Berlin	Mark	1800.00
Wien	Österr. Kr.	2122.00

Prager Kurse am 1. Juni.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1326.00	1330.00
10.000 Mark	4.33.00	5.33.00
100 belg. Francs	188.75.00	190.25.00
100 schweiz. Francs	601.75	604.25
1 Pfund Sterling	154.87.50	156.37.50
100 Lire	160.00.00	161.50.00
1 Dollar	33.80.00	34.20.00
100 franz. Francs	219.75	221.25
100 Dinar	38.25.00	38.75.00
10.000 ungar. Kronen	62.75.00	63.75.00
10.000 poln. Mark	5.45.00	6.45.00
10.000 österr. Kronen	4.60.00	5.10.00

Züricher Schlusskurse am 1. Juni.

	Gold	Ware
Paris	36.00.00	36.10.00
London	25.62.50	25.63.50
Berlin	0.00.75.00	0.00.80.00
Mailand	25.95.00	26.05.00
Holland	216.75	217.25
Wien	0.00.75.00	0.00.78.75
Budapest	0.10.00	0.10.50
Prag	16.55.00	16.57.50
New York	5.53.75	5.54.50
Belgrad	6.20.00	6.40.00
Warschau	0.00.85.00	0.01.05.00
Wien alt	0.00.00	0.00.00

Der Film.

Die Sanofanci. Auch beim zweiten Teil des Films „Hygiene und Schönheit des Weibes“ muß man bedauern, daß Lena Beaumont keinen geschickteren Regisseur gefunden hat. Sie ist eine entzückende Lehrmeisterin eines gymnastischen Ensembles, das aus einem Dutzend fast ebenso hübscher Turnerinnen besteht, und ihre klassische Formenschönheit vermittelt wirklich ästhetischen Genuß. Seine Partnerin, eine bisher wenig bekannte Künstlerin (Mik Chadia, anscheinend eine Slavo-Amerikanerin) zeigt auffallende Begabung. Man wird sie beachten müssen, ihr fehlt anscheinend nur noch eine große Rolle zum Star. Störend wirkt es, wenn das Orchester, das im übrigen wie immer eine Reihe hochwertiger Sachen bringt, von noch dazu falsch ge-

bläsen Feuerwehrsirenen unterbrochen wird. Das neue Pathé-Journal fehlt nicht in dem reichhaltigen Programm. Anhörenswert sind die Radiotelephonie und das drahtlose Konzert, Erfindungen, die in Prag zum erstenmal vorgeführt werden. —el.

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute Samstag „Das Rheingold“, Sonntag halb 11 Uhr (Matinee) „ästhetisch-hygienische Gymnastik“, Nachmittag halb 8 Uhr Gastspiel Reicher „Die Juden“, abends zum erstenmal „Der blonde Engel“.

Kleine Bühne. Heute, Sonntag und Montag Gastspiel Emanuel Reicher „Die Juden“, Sonntag nachmittags „Ingeborg“.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenzen Reudel, Platten, Schönkind. Sonntag, den 10. Juni finden folgende Bezirkskonferenzen statt: Für die um Reudel gelegenen Orte in Rohms Gasthaus in Reudel um 9 Uhr vormittags; für den Bezirk Platten in Jahnmanns Gasthaus in Barringen um 3 Uhr nachmittags und für die Orte um Schönkind in Hofmeißls Gasthaus in Schönkind um 3 Uhr nachmittags. Tagesordnung in allen Konferenzen: „Die Gemeindevahlen“.

Bereinsnachrichten.

Urania.

Heute, 4 Uhr: Besichtigung des Aquariums. Sehr sehenswert. Führung: Professor Freund. Treffpunkt: Karlov 3. Endstation der Achter. Karten 3, Mitglieder 2 K. 1683



Touristenverein „Die Naturfreunde“.

Ortsgruppe Prag. Sonntag, den 3. Juni, Ganztags: Rajstok-lap, Abfahrt 6.40 Uhr, Rajstok-bahnhof. Führer: Dr. Klein. — Samstag und Sonntag, 2. und 3. Juni, Markierungswanderung, Abfahrt Samstag 17.40 Uhr Wilfordbahnhof. Teilnahme männlicher Mitglieder gestattet. 1674

Turnen und Sport.

Fußball.

Resultate vom Donnerstag: Prag: Slavia gegen Union Zizkov 5:3 (2:3). Union spielte ausgezeichnet und führte auch in der ersten Halbzeit hervorgehoben sei die faire Spielweise der Zizkower. Bei Slavia wurde Loos hinausgestellt. Rakiba im Tore Unions bot eine großartige Leistung, die spontanen Beifall beim Publikum fand. — Königgrätz: SK. Brad. Králove gegen Sparta Prag 4:1 (2:0); überraschende Niederlage der Sparta, die allerdings mehrere Ersatzleute stellen mußte. — Teplic: Teplicer Jst. gegen Brüger SK. 2:1. Bei Brüger ein Mann herausgestellt. — Přebuz: WAF. Wien gegen SK. Bratislava-Skoti 5:1. Hertha Wien gegen FC. Kallabi 6:2. — Brunn Zidenice gegen Klado 3:1. — Kremšier: Slavica Slavia gegen Pardubice 2:0. — Kolín Meteor Weinberge gegen WSK. Kolín 3:1. — DHC. Prag Reserve gegen SK. Bubereš 2:2 (1:0). DHC. mit einigen Junioren. Spiel beiderseits hart. Schiedsrichter unter aller Kritik. — Götterberg Mittwoch schlug Dergichte den DHC. Prag 3:1 (1:1). — Wien: Wader gegen Rapid 4:2. Siskal gegen Sportklub 2:2. — Komende Spile: Samstag: DHC. Reserve gegen SK. Letna, Cechi Karlin gegen Slavoj VIII. — Sonntag: Slavia gegen Sparta Rakove, Viktoria Zizkov gegen Meteor Weinberge, WAF. gegen SK. Libeh, Sportbrüder gegen Cechie Smichov.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Muh & Kretsch
Likörfabrik 1476
Teplitz-Schönau.

Lebensversicherungsgesellschaft „Phoenix“
in Wien
schließt vortollhaft alle Arten von
Lebensversicherungen
insbesondere Versicherungen ohne ärztliche Untersuchung bis zu K6 10.000 mit sofortiger — auch für den Kriegsfall — uneingeschränkter Gültigkeit ab.
Vertreter werden zu günstigen Bedingungen angestellt.
Anfragen, Angebote u. dgl. sind zu richten an das Filialbüro für Groß-Prag, 1363 Prag II, Václavské nm. 47.

Gesunde Zähne durch
ELIDA Zahncreme
ELIDA Mundwasser

Die Volksbuchhandlung
Ernst Sattler, Karlsbad
unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art
Literatur.
Alle nicht lagernden oder wo immer angeforderten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.

Verbandstoff-Werke
Telefon Nr. 851/IV. **Teplitz-Schönau** Telefon Nr. 851/IV.
liefern zu konkurrenzlos billigen Preisen sämtliche
Verbandstoffe, Verbandwatten, chirurgische Gummiwaren und medizinische Pflaster.